

Facetten der Privatisierung

*Auf dem Weg
in eine Gesellschaft
mit beschränkter Haftung*

GMBBH

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Januar/Februar
2007**

Inhalt:

Public Private Partnership oder: Wundersame Rettung für öffentliche Kassen? Ein Beispiel, das Schule macht. von Dr. Werner Rügemer	S. 3
Jede Schule ein kleines Unternehmen Der »gute Ruf« einer Schule hängt längst von ihrer Teilnahme an Projekten der Bertelsmann-Stiftung ab. von Prof. Dr. Ingrid Lohmann	S. 6
Ein April-Scherz im Dezember? Aktiengesellschaft betreibt Grundschule von Reinhard Frankl	S. 8
Pädagogisches Outsourcing von Jonas Lanig	S. 9
Hochschulen – ganz privat von Adelheid Rupp	S. 11
Sparen, sparen, weiterbilden! Diverses zum Konzept der »Weiterbildungsprämie« zusammengestellt und kommentiert von Peter Weiss	S. 13
Lebenslanges Lehren – Ausgrenzung als Chance Das DIE-Forum 2006 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung ignoriert die prekäre Realität der »Freien« von Ernst Olbrich	S. 15
Bayern in der Bildungsreform vorn!? Aushang zur Landesfachtagung Schulsozialarbeit 2007	S. 16
Warenangebot: Jugend- und Eingliederungshilfe Beobachtungen zur politischen Ökonomisierung im Bereich der Kindertagesstätten von Günther Schedel-Gschwendtner	S. 18
Privatisierung auf Britisch Ein Stimmungsbild aus »Merry old England« von Hannes Henjes	S. 20
Wem gehört das Wissen der Welt? von Jutta Sundermann	S. 21
Das »katholische Mädchen vom Land« hat aufgeholt – die Chancenungleichheit hat sich verlagert! von Gele Neubäcker	S. 23
Die ganz »alltägliche Gewalt« im dreigliedrigen Schulsystem Auch hier könnte die Gemeinschaftsschule weiterhelfen. Nachtrag zu Emsdetten von Angelika Rapke	S. 26
Aktuelle Infos rund um den Arbeitsplatz	S. 27
Dies und Das	S. 28
Veranstaltungen	S. 30
Glückwünsche und Dank	S. 31
Kontakte	S. 32

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

»Privatschulen sind schwer in Moden«, titelt die SZ am 15.1.07 und berichtet über lange Wartelisten. Hubert Klein vom Institut der Deutschen Wirtschaft begrüßt diesen Trend und wünscht sich mehr Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Schulen. Konkurrenz belebe die staatlichen Bildungskonzepte, behauptet er getreu seinem ideologischen Hintergrund. »Die staatlichen Schulen haben ein Sinn- und Qualitätsvakuum – die Leute rennen uns die Türen ein.«, erklärt ein Herr Rüssel, von dem befürchtet wird, die Schule, die er gründen möchte, stünde dem Opus Dei nahe (SZ 20./21.1.07). Die Meldungen häufen sich und dokumentieren die Spaltung einer Gesellschaft, in der jene, die es sich leisten können, ihre Kinder dem Leistungsdruck und den jeder individuellen Förderung Hohn sprechenden Lehr- und Lernbedingungen öffentlicher Schulen zunehmend entziehen. Karin Just

Auf der Homepage der GEW gibt es Teil 1 und mittlerweile auch Teil 2 des »Privatisierungsreport«: <http://www.gew.de/Privatisierungsreport.html>. Einzelne Exemplare sind auch in der Geschäftsstelle der GEW Bayern erhältlich.

Aufruf zu den MAV-Wahlen 2007

Zwischen dem 1. Januar und dem 30. April 2007 finden turnusmäßig die Neuwahlen zu den Mitarbeitervertretungen (MAV) der Ev.-luth. Landeskirche und der Diakonie in Bayern nach dem Mitarbeitervertretungsgesetz (MVG) und seiner Wahlordnung statt.

Wir fordern alle KollegInnen auf, sich an den Wahlen zu beteiligen und, soweit möglich, selbst zu kandidieren!

Auch wenn die Mitbestimmungsrechte der MAV im Vergleich zum Betriebsrat in wesentlichen Punkten eingeschränkt sind und die Wahlordnung einige Komplikationen aufweist, ist die Funktion der MAV als Schutzorgan für die Beschäftigten doch unverzichtbar.

Die MAV wird in den kommenden Jahren noch mehr gefragt sein, als sie es ohnehin schon war: Landeskirche und Diakonie haben mit ihrer AK (Arbeitsrechtliche Kommission) beschlossen, die noch im Kern vorhandene Tariforientierung am alten BAT zu beenden und auf neue Systeme umzustellen.

Während die Ev.-luth. Landeskirche den TV-L (Ländertarif, dem auch der Freistaat Bayern angeschlossen ist) zum 1.1.2008 im Wesentlichen übernehmen will, ist die Diakonie wild entschlossen, zum 1.7.2007 in ein völlig neues Tarifsystem, eine neue AVR, überzugehen. Dabei nimmt die Diakonie um des Wettbewerbsvorteils willen bewusst Armutslöhne, vor allem im unteren Bereich, in Kauf, für die Besserverdienenden ist dagegen mehr als bisher drin. Der noch erhaltene Besitzstand aus dem alten System wird durch evtl. Lohnerhöhungen gut zur Hälfte abgebaut. Alle Hände voll zu tun also für die neuen MitarbeitervertreterInnen, um wenigstens die wenigen Spielräume des MVG auszuschöpfen. Aus diesen Gründen ist es besonders wichtig, dass GewerkschafterInnen in die MAVen gewählt werden, die wiederum den rechtlichen und berufspolitischen Rückhalt von ihrer Gewerkschaft bzw. dem DGB haben.

Alle neugewählten Mitglieder in Mitarbeitervertretungen – einschließlich der jeweiligen Ersatzmitglieder – werden dringend gebeten, sich zwecks Erstellung eines bayernweiten Verteilers zu melden bei der Landesgeschäftsstelle der GEW, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Tel: 0 89/54 40 81 14, Mail: info@bayern.gew.de.

PS: An alle bereits gewählten MitarbeitervertreterInnen (einschließlich der Ersatzleute) in Einrichtungen der katholischen Kirche und des Caritasverbandes: Meldet euch bitte ebenfalls bei der Landesgeschäftsstelle der GEW Bayern, soweit noch nicht geschehen!

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 38 94 87
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Johannes Gaab, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Imago/INSADCO

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Public Private Partnership

oder:

Wundersame Rettung für öffentliche Kassen?



Foto: imago/Ina Peek

Ein Beispiel, das Schule macht.

Public Private Partnership (PPP) – die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit Hilfe privater Unternehmen – spielt bei uns bislang eine untergeordnete Rolle. So ist der Anteil von PPP-Projekten in Deutschland mit vier Prozent des öffentlichen Investitionsvolumens noch niedrig. Aber bereits jede zweite Großstadt hat zumindest bei einzelnen Investitionsvorhaben PPP-Instrumente genutzt oder plant deren Einbeziehung.

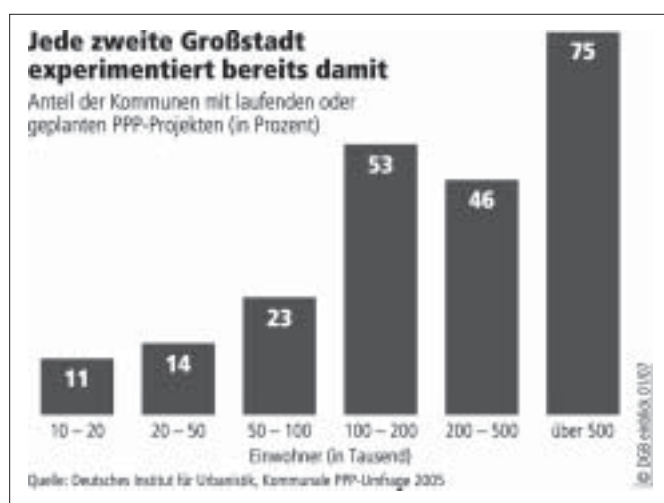
Nach Plänen der Bundesregierung soll der Anteil von PPP-Projekten in den kommenden Jahren allerdings massiv steigen.

Erfahrungsgemäß greifen die hoch verschuldeten Kommunen nach jedem Strohalm, der ihre Schulden zu minimieren verspricht.

Für die Sachaufwandsträger von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen ist die Verlockung groß, zu Gunsten kurzfristiger vermeintlicher Einsparungen mit PPP zu liebäugeln.

Der folgende Artikel von Dr. Werner Rügemer, in welchem er ein konkretes Beispiel aus Hessen beschreibt, möge zur Sensibilisierung hinsichtlich PPP beitragen. Dass dieses Beispiel nur für viele andere steht, hat unser Autor in seinem Buch »Privatisierung in Deutschland« ausführlich recherchiert. Wir empfehlen es dringend zur Lektüre.*

Die Redaktion.



* Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership. Verlag Westfälisches Dampfboot, 2. Auflage 2005.

Seit einigen Jahren beauftragen Städte in Deutschland immer häufiger Banken und Investorengruppen damit, Rathäuser, Kindergärten und Schulen zu bauen, zu sanieren und zu betreiben. Die Städte brauchen erst einmal keine Kredite aufzunehmen, sondern mieten die Gebäude für 20 bis 30 Jahre zurück. Das wird als die große neue Rettung für die überschuldeten öffentlichen Haushalte ausgegeben. Doch die bisher schon absehbaren Ergebnisse belegen das Gegenteil. Das Bildungszentrum Ostend (BZO) in Frankfurt ist dafür ein gut dokumentiertes Beispiel.

Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) – bis Juni 2005 zugleich Präsidentin des Deutschen Städtetages und damit Vorgängerin des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude in diesem Amt – und ihr Kämmerer Horst Hemzal sind besonders eifrige VerfechterInnen der kommunalen Privatisierung. Am 4. Juli 2003 unterzeichneten die Stadt und die THEO Grundstücksverwaltungsgesellschaft nach dem Public-Private-Partnership (PPP)-Modell die Verträge über Finanzierung, Planung und Bau des BZO. Zum BZO gehören die Musikschule Hoch's Konservatorium, zwei Abendgymnasien, eine Volkshochschule, die Bethmann-Berufsschule und eine Bankakademie.

Angeblich um 25 % billiger

Die Stadt mietete 2005 die Gebäude von THEO für 20 Jahre. Die Miete betrug im ersten Jahr 3,9 Millionen Euro und steigt jährlich um 1,5 % auf 5,62 Millionen im Jahre 2030. In diesem letzten Jahr muss die Stadt die Gebäude für die doppelte Jahresmiete, also für 11,24 Millionen zurückkaufen. Die Stadt zahlt also insgesamt 102 Millionen Euro an Miete, während die Investition der Privaten 54,6 Millionen beträgt. Diese Abwicklung bringe der Stadt »Einsparungen von ca. 25 % gegenüber einer konventionellen Beschaffung«, so die kühne Behauptung von Roth und Hemzal.

Das BZO sei ein erfolgreiches Vorbild, Frankfurt werde auch bei anderen Projekten so verfahren.

In den meisten Städten lassen LehrerInnen und Stadtverwaltung die modischen PPP-Projekte über sich ergehen, auch wenn sie auf viele Ungereimtheiten stoßen. Nicht so in Frankfurt. Der GEW-Kreisverband organisierte im Vorfeld ein Hearing zu den Tücken und Hintergründen von PPP. Die Lehrerschaft der Schulen nahm Meterstab und Bleistift in die Hand und ermittelte die Raumgrößen, besorgte sich die Fluchtpläne und Brandschutzvorschriften.

Auch das städtische Revisionsamt schaltete sich ein. Die RevisorInnen, die von Amts wegen die ordentliche und sparsame Verwendung der städtischen Gelder überprüfen sollen, hatten Einblick in amtliche Unterlagen – jedoch nicht in alle. Am 12. Januar 2006 schickten sie ihren Revisionsbericht unter dem Titel »Wirtschaftlichkeit alternativer Bau-/Betreibermodelle am Beispiel Bildungszentrum Ost« an den Stadtkämmerer. Der 75 Seiten umfassende Bericht ist minutiös und informativ. Wohl gerade deshalb wurde er geheim gehalten. Nicht einmal die Ratsmitglieder bekamen ihn. So kam durch die Arbeit der Lehrkräfte, des Revisionsamts, durch die Anfragen eines Stadtverordneten der Linken und schließlich durch einen Lokalredakteur der Frankfurter Rundschau eine Menge Informationen zusammen. Daraus lässt sich exemplarisch die Anatomie eines PPP-Projektes erstellen, wie es sonst kaum möglich ist. Das Ergebnis ist vernichtend.

THEO ist die eigens für das BZO gegründete Tochtergesellschaft der Südleasing GmbH, die wiederum eine Tochtergesellschaft der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist. THEO ist Bauherr, über THEO läuft die Finanzierung. Die Gelder werden durch individuelle AnlegerInnen und Kredite der LBBW aufgebracht. Die AnlegerInnen wollen Rendite sehen, die LBBW verdient an Provisionen und Zinsen. THEO schloss mit der Müller-Altwater Bauunternehmung GmbH einen »Totalübernehmervertrag« für den Bau. Müller-Altwater ist wiederum eine Tochtergesellschaft der Royal BAM Group, des größten niederländischen Baukonzerns.

Das Vertragswerk zwischen der Stadt Frankfurt und THEO besteht aus dem Vertrag über den Verkauf des städtischen Grundstücks an THEO, aus drei »Nachträgen« mit zahlreichen Anlagen und dem erst ein Jahr später geschlossenen Betreibervertrag. Letzterer ist 250 Seiten stark und soll die Bedingungen regeln, zu denen THEO während der Mietzeit die Gebäude kaufmännisch und technisch betreibt. Ursprünglich war der Vertrag öffentlich ausgeschrieben worden. Er sollte auch das Betreiben während der Mietzeit beinhalten. Als Müller-Altwater den Zuschlag für den Bau

erhalten hatte, wurde der Betreibervertrag herausgenommen. Er wurde ein Jahr später abgeschlossen, diesmal allerdings ohne öffentliche Ausschreibung. Müller-Altwater bekam den Vertrag.

Die Verträge: geheim und unklar

Die Verträge sind geheim. Die Stadtverordneten beschließen zwar das Projekt, bekommen die Verträge aber nicht zu sehen. Selbst den RevisorInnen legte der Kämmerer das Originalangebot des später ausgewählten Investors Südleasing GmbH nicht vor. Die Kommunalaufsicht genehmigte das Vertragswerk, während für die RevisorInnen »nicht zweifelsfrei erkennbar (war), welche Unterlagen und Informationen der Aufsichtsbehörde zugeleitet worden waren«.

Viele Vertragsbestimmungen sind unklar gehalten. Angaben zu Qualitätsstandards fehlen vielfach, etwa zu Dämmstoffen, Fensterverglasung, Wasserspararmaturen, Energieeinsparung und sonstigen technischen Ausrüstungen. So ist es dem Investor ohne Weiteres möglich, »von der stadtseits üblichen Bauqualität im eigenen wirtschaftlichen Interesse abzuweichen« und zum Beispiel »die Frankfurter

Standards zur Energieeinsparung nicht zu erreichen«, stellten die RevisorInnen fest. SchulvertreterInnen durften an der Gebäudeübergabe nicht teilnehmen. Sie erhielten kein Exemplar des Bauantrags.

Der Vertrag läuft 20 Jahre. »Nach dieser Zeitspanne hat der Investor kaum noch Interesse an der Höhe der Folgekosten, was den Schluss nahelegt, dass Bauqualität und Ausstattung lediglich diesen Zeitraum »aushalten« muss«, so die RevisorInnen. Ein Gebäude dieser Art muss aber mindestens 60 Jahre lang halten, wenn es sich lohnen soll. Im Vertrag ist aber nicht festgelegt, dass der Investor technisch überholte Anlagen und Ausstattungsgegenstände während oder zum Ende der Mietzeit austauscht.

Aber auch neben diesen langfristigen Mängeln wird die Billigbauweise schon jetzt im täglichen Schulbetrieb sichtbar. Schule wird zum lieblosen Durchlaufraum, aus dem man möglichst schnell herauskommen will.

Wie die LehrerInnen ausgemessen haben, sind alle Klassenräume zu klein. Für einen Klassenraum mit 30 SchülerInnen sind in Hessen 65 qm vorgeschrieben. Doch die Räume haben nur zwischen 55 und 57 qm. »Bei mehr als 200 Unterrichtsräumen macht dies über 1.000 qm aus«, hat ein Schulleiter ausgerechnet.



Foto: imago/Papsch

Es fehlen Gemeinschaftsräume, in denen sich die SchülerInnen in den Freistunden aufhalten können. Als die LehrerInnen in einigen Fluren behelfsmäßig Tische und Stühle aufstellten, wurden sie vom Investor abgeräumt. Die geplante Cafeteria, in der allerdings zu Gastronomiepreisen konsumiert werden müsste, ist immer noch eine Bauruine. Obwohl die Räume zwischen 8 und 22 Uhr mehrfach genutzt werden, wird nur zweimal pro Woche gereinigt. Bedenklich sind die fehlenden Fluchtwege. Ein nachträglich zugesagtes Zusatztreppenhaus ist auch ein Jahr später noch nicht gebaut. Die Feuerwehr hat das Gebäude immer noch nicht abgenommen. »Die Endfassung einer Brandschutzordnung liegt immer noch nicht vor.«, reklamiert ein Schulleiter und beklagt offen liegende Kabel, über die man stolpern kann. Weil nur ein Drittel der Fenster mit Außenjalousien ausgerüstet sei, werde es im Sommer in den Klassenräumen unerträglich heiß. Es gebe keine Klimaanlage, sondern nur Ventilatoren.

Die Stadt trägt das generelle Risiko, dass der Investor ein Gebäude errichtet, dessen ohnehin unklar definierte Bauqualität nur 20 Jahre bestehen muss. Es kommen aber weitere Risiken hinzu, die schon während der Mietzeit greifen.

Die Stadt muss zusätzlich zur Miete einen Zuschuss zur Bauunterhaltung zahlen. Er beträgt im ersten Jahr 90.000 Euro und erhöht sich wie die Miete jährlich um 1,5 %. Ausgenommen von der Bauunterhaltung sind allerdings alle Leuchtmittel, alle Schönheitsreparaturen und alle Schäden, die durch »Dritte« verursacht werden.

Die RevisorInnen stellten fest, dass der Investor möglichst billige Materialien verbaut hat. Er habe kein Interesse daran, Strom-, Heiz- und Wasserkosten zu sparen. Die zahlt ja die Mieterin, die Stadtverwaltung. So wurden in die Waschbecken billige Wasserhähne eingebaut, die keine automatischen Wasserstopper haben. »Mit geringem Mehraufwand, z. B. mit einer dickeren Wärmedämmung der Dachfläche und effizienteren Verglasungen, hätte der Primärenergieverbrauch um 30 % reduziert werden können.« Auch die um 30 % höheren Heizkosten werden bei der Behauptung, das PPP-Modell sei um 25 % günstiger, einfach ausgeblendet.

Verborgene »Nebenkosten«

Die Oberbürgermeisterin und ihr Kämmerer verschweigen aber auch viele weitere »Nebenkosten«. So hat die Stadtverwaltung im Zuge ihrer Privatisierungsgläubigkeit ihre eigenen Ämter für inkompetent erklärt und zur »Verfahrensunterstützung« mehrere private Beratungsfirmen beauf-

tragt. Dafür zahlte die Stadt 1,46 Millionen Euro an Honoraren. Diese Ausgaben gingen auch nicht in den geschönnten Vergleich zwischen öffentlicher und privater Lösung ein, belasten aber zusätzlich den städtischen Haushalt.

Der Investor hat vertragsgemäß 1,8 Millionen Euro für den Bau von 170 Auto-Stellplätzen investiert. Die stehen aber gar nicht den Schulen zur Verfügung, sondern der Investor vermietet diese Stellplätze 20 Jahre lang selbst. Er behält die Mieteinnahmen, rechnet aber die 1,8 Millionen in die Gesamtinvestitionskosten ein, die die Grundlage für die Miete der Stadt bilden!

Wenn der Investor Mehrkosten für Bauunterhaltung nachweist, muss der städtische Zuschuss angepasst werden, so heißt es im Vertrag. Wenn der Investor aber durch BilliglöhnerInnen und billiges Material seine Kosten senkt, muss er sie erst ab 4 % Einsparung an die Stadt weitergeben. Dass der Investor der Stadt eine solche Einsparung aber überhaupt mitteilen würde, ist wenig wahrscheinlich. Außerdem ist es bei Konzernen heute üblich, BilliglöhnerInnen zu beauftragen, den KundInnen aber die Löhne für FacharbeiterInnen in Rechnung zu stellen.

Die Investorenlösung sei beim Bau um 4,3 Millionen Euro teurer, also um 6,45 %, lautet die Schlussbewertung der RevisorInnen. Wenn man die geschätzten Mehrkosten für Strom und Heizung dazurechnet, komme man auf weitere 2,2 Millionen, die das PPP-Modell die Stadt teurer zu stehen komme. Dann müsste man auch noch die Kosten von 1,46 Millionen für die privaten BeraterInnen hinzurechnen, die zweimal zu zahlende Grundsteuer, die 1,8 Millionen

für 170 Stellplätze. Die möglichen Risiken bei Reparaturen, die die Stadt schließlich doch selbst übernehmen muss, die Risiken nach Ende der Mietzeit – diese sind nicht kalkulierbar.

Ergebnis: Die PPP-Lösung ist viel teurer, die Gebäude sind viel schlechter.

Der vollmundig versprochene 25 %-Vorteil des PPP-Modells erweist sich als haltloses Phantasieprodukt.

von Dr. Werner Rügemer

Publizist und Berater
Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln
stellvertretender Vorsitzender von
Business Crime Control (BCC)



siehe auch:
www.werner-ruegemer.de mit vielen Aufsätzen unseres Autors sowie
www.wirtschaftsverbrechen.de

Wir danken der Zeitschrift der hessischen GEW »HLZ« für die Nachdruckgenehmigung.



Foto: imago/Bonn-Sequenz

Jede Schule ein kleines Unternehmen

Der »gute Ruf« einer Schule hängt längst von ihrer Teilnahme an Projekten der Bertelsmann-Stiftung ab.

Weltweit findet derzeit eine Privatisierung des Politischen statt und die Gewichte zwischen Ökonomie und Politik verschieben sich grundlegend. Begleitet wird dies von der planmäßigen finanziellen Austrocknung des öffentlichen Sektors, wie sie von OECD, IWF, Weltbank und anderen transnationalen Akteuren seit Langem propagiert wird. Hauptakteur dieser Transformation – der Soziologe Arno Klönne spricht sogar von einem »Umsturz« – ist in Deutschland die Bertelsmann-Stiftung.

Die Bertelsmann-Stiftung ist Mehrheitseigentümerin der Bertelsmann AG, dem mit rund 80.000 Beschäftigten und sechs Unternehmensbereichen fünftgrößten Medienkonzern der Welt. Durch die strategische Achse zwischen Konzern und Stiftung sind die Grenzen zwischen Philanthropie und eigenen Profitinteressen mittlerweile bis zur Kenntlichkeit verwischt. Was gut ist für Bertelsmann, ist gut für die gesamte Republik. So fassen Frank Böckelmann und Hersch Fischler in ihrem Bertelsmann-Buch die Weltsicht des Reinhard Mohn zusammen und liefern dafür reichhaltige Belege.¹ Dem Einfallsreichtum der Bertelsmann-Stiftung verdanken wir unter anderem die Idee eines Niedriglohnssektors, die Ausgestaltung des »Bündnisses für Arbeit«, der »Agenda 2010« und von »Hartz IV«.



Studierende besetzten 2003 die Bertelsmann-Hauptrepräsentanz in der Neuen Kommandantur (!) in Berlin aus Protest gegen Studiengebühren. Foto: imago/Seeliger

treibt das CAP zahlreiche strategische Projekte zur Zukunft Europas – bis hin zur Einflussnahme auf den Entwurf einer europäischen Verfassung und auf die Pläne zur verstärkten Militarisierung der EU.

Unterdessen bereitet die Bertelsmann-Stiftung die weitere Ausdehnung der Konzerngeschäftsfelder im Bildungs- und Wissenschaftssystem vor. Zu diesem Zweck verankert das Haus Bertelsmann europaweit in den Bildungsinstitutionen Grundsätze zur Leistungsmessung und -optimierung. Damit erhält betriebswirtschaftliche Effizienz oberste Priorität. Öffentliche Bibliotheken, Schulen und Universitäten nimmt Bertelsmann mit der Einföhrung von Leistungskennziffern, permanenten Rankings und Evaluationen und sonstigen Steuerungsinstrumenten an die Kandare.

ung von Leistungskennziffern, permanenten Rankings und Evaluationen und sonstigen Steuerungsinstrumenten an die Kandare.

In Deutschland begann das alles einst in Nordrhein-Westfalen. Mit Unterstützung der NRW-Landesregierung wurde dort in den frühen neunziger Jahren die betriebswirtschaftliche Transformation der Schulen auf den Weg gebracht, mit einem Modellversuch, der später zum »Internationalen Netzwerk innovativer Schulsysteme« (1997 bis 2005) ausgeweitet wurde. Damals gab Reinhard Mohn der Bildungskommission in NRW noch höchstpersönlich die Marschrichtung für »zentrale Denkanstöße für ein zukunftsfähiges Schulsystem« vor. Neueren Datums ist das Bertelsmann-Projekt »Eigenverantwortliche Schule und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen«, das 2005 mit Starthilfe der Landesregierung Niedersachsen in Angriff genommen wurde: Rund 130 allgemeinbildende Schulen haben sich dort »auf den Weg der Eigenverantwortlichkeit« begeben. Und 1.255 Schulen in sämtlichen 16 Bundesländern benutzen kaum ein Jahr später »Selbstevaluation in Schulen«, das softwaregestützte Instrument zur »Qualitätsverbesserung von Schulen« – natürlich von Bertelsmann.

Wer darauf hinweist, dass dabei von Freiwilligkeit oder gar Autonomie der Schulen keine Rede sein kann, gilt als ewiggestrig. Denn längst machen die Landesregierungen ihre Mittelzuweisungen und den »guten Ruf« einer Schule von der Teilnahme an Bertelsmann-Projekten abhängig, und längst sitzen Bertelsmann-RepräsentantInnen in den Kultusministerien der Bundesländer, um dafür zu sorgen, dass

Leistungskennziffern

Im Jahre 1994 gründete die Stiftung das »Centrum für Hochschulentwicklung« (CHE). Diese Denkfabrik betreibt seither den Umbau der Hochschulen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, ist weitgehend für die Einführung des Bachelor-Master-Studiensystems verantwortlich und moderiert die Einführung von Studiengebühren. 1995 kam das »Centrum für angewandte Politikforschung« (CAP) an der Universität München mit rund 60 MitarbeiterInnen hinzu. Es wird geleitet von Werner Weidenfeld, einem Politikwissenschaftler und Netzwerker, der bereits seit 1992 Mitglied des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung ist und später ihres Präsidiums wurde. Gemeinsam mit der Stiftung be-

¹ Frank Böckelmann und Hersch Fischler: Hinter der Fassade des Medienimperiums. Eichborn-Verlag, Frankfurt am Main 2004.

die frisch gewonnene föderale Eigenständigkeit auch in Schulangelegenheiten die richtige Richtung nimmt. Ob Schulleitungen wollen oder nicht: Entweder sie beteiligen sich an einem Bertelsmann-Projekt oder die jeweiligen Landesregierungen – eingeklemmt zwischen der Politik der »leeren Kassen« und den Qualitätsbeweisen, die auch ihnen inzwischen permanent abgefordert werden – zwingen sie dazu. Die Bertelsmann-Stiftung ist immer schon da und stellt den auf diese Weise »interessierten« Schulen »standardisierte Steuerungsinstrumente« zur Planung und Evaluierung von Schulentwicklungsprozessen zur Verfügung. Deren Einsatz mündet im Ergebnis in die angeblich qualitätsvergleichenden, vor allem aber wettbewerbsgerechten »Berichte für die Schule«. Diese wiederum dienen dann als Grundlage für die schulische Maßnahmenplanung, die ihrerseits die konkurrenzgetriebene Umwandlung der jeweiligen Schule in ein warenproduzierendes Unternehmen beschleunigt. Vorbereitet wird auf diese Weise ihre feindliche Übernahme durch die Bildungsindustrie, die meist nicht einmal als solche erkannt oder angesehen wird. Denn auch die mediale Öffentlichkeit wird von Bertelsmann dominiert

Kommerzialisierung

Im Prozess der Abschaffung öffentlicher allgemeiner Bildung ist *diese* Form der Privatisierung in Deutschland heute auf schulischer Ebene vorherrschend und zumindest gegenwärtig noch bedeutender als direkte Formen der Kommerzialisierung, wie sie zum Beispiel die US-Entwicklung bestimmen, wo HochschulabsolventInnen mit durchschnittlich 20.000 Dollar Schulden unter anderem aufgrund von Studiengebühren in den Arbeitsmarkt eintreten. Allerdings greifen Privatisierung und Kommerzialisierung ineinander, bedingen und verstärken sich gegenseitig. Auch hierzulande sind längst aus Bildungsinstitutionen, die nach den Regeln öffentlicher Einrichtungen funktionieren, »Felder wirtschaftlichen Handelns« geworden – so die Erziehungswissenschaftlerin Elisabeth Flitner am Beispiel der Unternehmensinteressen, die hinter den PISA-Studien der OECD stehen. Die allgegenwärtige Propagierung quantifizierender und vergleichender Leistungsmessungen ist Teil der Verankerung einer Logik der kapitalistischen Warenform. Mit ihrer Hilfe werden Schulen und Hochschulen in viele kleine Unternehmenseinheiten umgewandelt und so für die weitere Bewirtschaftung durch die in- und ausländische Medienindustrie aufbereitet. *Dafür* positioniert sich Bertelsmann auf dem nationalen wie dem internationalen Markt.

Denn wie im Welthandelsabkommen GATS vorgesehen, fallen auch Bildungsinstitutionen unter Begriff und Zugriff von Dienstleistungsunternehmen. Das ist auch die Perspektive der EU-Binnenmarktpolitik, übrigens in vollkommenem Einklang mit Bertelsmann. Fraglich ist allerdings, ob in diesen erst beginnenden Prozessen der Privatisierung und Kommerzialisierung die noch bestehende Übereinstimmung der Interessen zwischen dem »Kraken« Bertelsmann (Albrecht Müller) und den »Heuschrecken« Bestand hat. Es könn-

te durchaus sein, dass der einst geniale Schachzug der Überführung der AG ins Mehrheitseigentum der Bertelsmann-Stiftung sich gegen sie kehrt; schon im Mai 2006 konnte der ungewollte Börsengang der AG ja nur mit knapper Not verhindert werden.

Neue Akteure

So ist die Tatsache, dass Stiftungen heute bei der Rekonfigurierung des zivilgesellschaftlichen und edukativen Binnenraums eine derart beherrschende Rolle spielen können, eine hochgradig ambivalente Angelegenheit. Möglicherweise bieten sich hier auch neue Spielräume für demokratische Gestaltung. In seiner gegenwärtigen neuen Gestalt ist das deutsche Stiftungsrecht aber zunächst und vor allem ein wirksamer Hebel der steuerpolitischen Begünstigung Reicher und Superreicher. Dabei werden mit dem so unscheinbar daherkommenden Thema Stiftungsrecht seit einigen Jahren weitreichende gesellschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen. Ziel ist der Aufbau eines dritten Sektors zwischen Staat und Wirtschaft. Ergänzend zur strategisch angelegten Politik der »leeren öffentlichen Kassen« befördert dieser Weg zur mutmaßlichen Stärkung der »Zivilgesellschaft« wohl doch in erster Linie die bereits bestehende Ungleichheit zwischen Arm und Reich und den Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung von der politischen Gestaltung.

Und dennoch: Da es historisch nur wenig Anlass gibt, das gesellschaftspolitische Gefüge, das Deutschland bisher bestimmt hat, zu verklären, mag das Entstehen eines solchen dritten Sektors neue Handlungsspielräume erzeugen – und warum nicht auch neuartige Akteure.

Was können Leute, die im pädagogischen Bereich arbeiten, tun? Zumindest dreierlei:

Erstens, sich in Zukunft genauer anschauen, mit wem man kooperiert, denn Stiftung ist nicht gleich Stiftung, Drittmittel sind nicht gleich Drittmittel und selbst »Zivilgesellschaft« ist konzeptionell nicht gleich »Zivilgesellschaft«.

Zweitens ist zu fragen, ob die allgemein-pädagogische Auffassung, wonach pädagogisches Handeln gegenüber dem Ökonomischen eine Eigenstruktur und eine Eigenlogik hat und haben sollte, wirklich ohne Schaden über Bord geworfen werden kann.

Und drittens sind mit politikwissenschaftlichen Methoden und den Mitteln des investigativen Journalismus viel mehr Netzwerkanalysen der neuen postnationalen Einflussgeflechte zu betreiben und an die Öffentlichkeit zu bringen. Jedenfalls, solange wir noch eine haben.

von Prof. Dr. Ingrid Lohmann

Professorin für Ideen- und Sozialgeschichte der Erziehung / Historische Bildungsforschung an der Universität Hamburg
www.ingridlohm.de



Der Artikel ist eine Kurzfassung ihres Vortrags auf dem 20. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), *bildung – macht – gesellschaft*, im März 2006 an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main und erschien bereits in der Wochenzeitung »Freitag«.

Ein April-Scherz im Dezember?

Aktiengesellschaft betreibt Grundschule

»Ziemlich revolutionär« klingt es für die FAZ: »Eine profitorientierte Aktiengesellschaft betreibt eine Schule.« (FAZ, 3.12.2006) Der Vorsitzende der GEW Ulrich Thöne schaut auf den Kalender, ob nicht der 1. April sei ...

Nein. Leider kein Aprilscherz. Wer im Internet unter www.phorms.de nachschaut, kann sich von der – aus neoliberaler Sicht – »revolutionären« Wirklichkeit überzeugen. 23 Aktionäre hat die Phorms-Schule laut FAZ. Und sie kündigt triumphierend im Geiste der Hayeks und Friedmans an: »Das ist nur der Anfang.« 2007 solle in München eine weitere Grundschule aufmachen.

In unserer Diskussion um WTO/GATS und seine Auswirkungen auf den dort definierten Dienstleistungssektor »5. Bildungsdienstleistungen« haben wir immer betont, dass im Vergleich zu Vorschule, Hochschule und Erwachsenenbildung der Schulbereich noch derjenige ist, der bisher am wenigsten von Deregulierung und Privatisierung zu befürchten hat. Gefeit davor ist er nicht, wie man am Beispiel Phorms nun definitiv sehen kann.

Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende und Leiterin der Abteilung Schule beim GEW-Hauptvorstand, wies auf der Mailingliste der AG Bildungsfinanzierung darauf hin, dass private Schulen prinzipiell keine neue Erscheinung darstellen: »Das Neue an dieser Phorms-Schule im Vergleich zu anderen privaten Schulen – meist im Umfeld internationaler Firmen und Behörden gegründet – ist der offen bekannte kommerzielle Ehrgeiz. Ansonsten sind diese Schulen zwar selten – aber vorhanden. Und meistens haben sie ein sehr fortschrittliches pädagogisches Konzept, das von der GEW

abgeschrieben sein könnte. Ein pädagogisch rückschrittliches und schlecht ausgestattetes öffentliches Schulwesen fordert private Neugründungen geradezu heraus.«

Genau da scheint mir der Hase im Pfeffer zu liegen: Die Tatsache, dass die Bundesrepublik mit ihren öffentlichen Bildungsausgaben weiterhin

von Reinhard Frankl

Vorsitzender GEW Aschaffenburg-Miltenberg
Sprecher AG Bildungsfinanzierung
beim GEW-Hauptvorstand



unter dem entsprechenden durchschnittlichen OECD-Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegt, ist sicher kein Zufall. (Bayern müsste seinen Bildungshaushalt sogar verdoppeln, um den OECD-Wert zu erreichen.) Und es ist meines Erachtens keine wirklich revolutionäre Erkenntnis, dass es sich hier um gezielte Unterfinanzierung handelt.

Wer hoffte, dass sich mit den letzten WTO-Gesprächen in Genf auch GATS und die damit verbundenen Privatisierungsbestrebungen auf dem Bildungssektor festgefahren hatten, sollte spätestens aufpassen, wenn sich jetzt Frau Merkel als EU-Ratspräsidentin für eine Fortführung der WTO-Verhandlungen einsetzen will. Geschäftsmodelle à la Phorms erhellen vielleicht einerseits den Hintergrund, auf jeden Fall wird – wie Marianne Demmer sagt – die unzureichende Ausstattung, die Beibehaltung großer Klassen (Phorms: maximal 20 Kinder!) etc. diesen Geschäftsinteressen den Weg ebnen. Dazu kommt, dass die Einführung betriebswirtschaftlicher Werkzeuge wie Modularisierung und Zertifizierung, Budgetierung, Bereitstellung von Marktinformationen (z. B. in Form von Rankings) – Vorstufen zur Privatisierung laut Memorandum-Gruppe – auch im Schulbereich voll im Gange sind.

Was Marianne Demmer als »kommerziellen Ehrgeiz« beschreibt, benennt die FAZ schon etwas deutlicher und sicher eher affirmativ als rein deskriptiv: »...nach Müllabfuhr und Krankenhäusern nehmen gewinnorientierte Unternehmer jetzt auch die Schulen ins Visier«. Und wer sich die dort als sozial dargestellte Gestaltung des Schulgeldes (Staffelung nach Familieneinkommen, 15 % Ermäßigung für Geschwisterkinder) bei phorms.de anschaut, sieht sofort: Ob 670 Euro oder auch »nur« 221 Euro/Monat – für die BezieherInnen von Niedriglöhnen oder gar Alg II sind solche Nobel-Schulen natürlich nicht gedacht. Er und sie ahnen, dass nicht nur im Gesundheitswesen die Spaltung öffentlicher Güter in zwei Dienstleistungs-Klassen vorangetrieben wird.

Ob es darum geht, »... nicht ... möglichst schnell viel Cash zu verdienen, sondern darum, nachhaltige Werte zu schaffen«, wie die FAZ eine Phorms-Aktionärin zitiert, scheint mir doch recht zweifelhaft. Mit Recht weist Marianne Demmer darauf hin: »Die Leistungen privater Schulen sind im Schnitt nicht besser als die staatlicher Einrichtungen, wenn man die soziale Herkunft der Schüler berücksichtigt.«¹ Dass diese privaten »Geschäftsmodelle« à la Phorms auch noch mit der Unterstützung der Steuergelder des Landes Berlin (FAZ: 312 Euro pro Kind) laufen, kann ich nur noch als zynisch empfinden.

¹ http://www.gew.de/GEW_Leistung_der_Privatschulen_im_Schnitt_nicht_besser_als_die_der_staetlichen.html

Ergänzende Literaturhinweise:
<http://www.gew.de/Privatisierungsreport.html>
http://www.gew.de/Binaries/Binary21787/Bildung_ist_keine_Ware.pdf
Profit im Vordergrund? Karl-Heinz Heinemann. e&w 09/2006.



Empfangshalle der Phorms-Schule



Klassenzimmer mit Kuschelecke für Kleingruppenunterricht in der Phorms-Schule
Fotos: imago/Manja Elsässer



Pädagogisches Outsourcing

Foto: imago/Lindenthaler

Dieser Elternsprechabend war wieder einmal sehr informativ:

Lauras Mutter hat seit Beginn des Schuljahres nur noch einen Teilzeit-Job. »Das bin ich meiner Tochter einfach schuldig – jetzt, wo sie mit Latein begonnen hat.«

Zwei Mütter aus der 8. Klasse bieten einmal in der Woche einen Lese-Club an. »Wo doch im Deutschunterricht kaum noch gelesen wird.«

Und die Eltern der 11a haben jetzt eine Lehrkraft für englische Konversation engagiert. »Im Unterricht selbst wird kaum Englisch gesprochen – da mussten wir doch etwas tun.«

Die Bilanz eines langen und interessanten Elternabends: Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus funktioniert. Aber sie funktioniert ein bisschen zu gut.

Die Defizite der öffentlichen Schule provozieren private Kompensation

Denn Beispiele wie diese belegen, dass sich die Schule zunehmend von ihrem Kerngeschäft verabschiedet. Aufgaben, für die eigentlich nur sie selbst verantwortlich ist, werden inzwischen an die Elternhäuser delegiert und von diesen erstaunlich klaglos erledigt. Hier findet ein pädagogisches Outsourcing statt, das die Eltern zu unbezahlten HilfslehrerInnen und zu unfreiwilligen SponsorInnen degradiert – und damit auf eine Privatisierung unseres Bildungssystems hinaus läuft.

■ So sind die Hausaufgaben nicht mehr nur zum Nachbereiten und zum Üben da. Wo die Lehrkräfte angesichts eines verdichteten Lehrplans immer mehr unter Druck geraten, muss zu Hause das Versäumte eben nachgeholt werden. Da bleibt es dann oft an den Eltern hängen, ih-

ren Kindern den neuen Lernstoff zu vermitteln. Die Hausaufgabe wird so zum unbezahlten Unterrichtersatz.

- Auch für das Wiederholen und Vertiefen des Gelernten scheint sich die Schule nicht mehr zuständig zu fühlen. Dafür gibt es schließlich die Klassenarbeiten, auf die sich inzwischen die ganze Familie vorbereitet. Eltern, Großeltern, ältere Geschwister, NachhilfelehrerInnen und NachbarInnen bilden da einen Brain-Trust, mit dem der Prüfungsstoff noch einmal aufbereitet und eingeübt werden muss.
- Die individuelle Förderung einzelner SchülerInnen war für die Schule eigentlich noch nie ein Thema. Und auch hier sind die Eltern gefordert – wenn schon nicht als Hilfspauker, dann wenigstens als Zahlmeister. Paukstudios und NachhilfelehrerInnen aber verdienen sich an den Unzulänglichkeiten unseres Schulsystems eine goldene Nase. Sie bieten nämlich an, was eigentlich zu den Kernaufgaben jeder Schule gehören sollte.
- Mit ihrem Erziehungsauftrag tut sich die Schule erwartungsgemäß schwer. Deshalb dürfen die Eltern auch hier den Ausputzer spielen. Von der Kurzmitteilung im Hausaufgabenheft bis zum Verschärften Verweis – immer wieder drückt sich die Schule vor eigenen Sanktionen und lässt dafür lieber die Eltern in die Rolle des Scharfrichters schlüpfen. Sie können dann durch Fernsehverbot und Stubenarrest sicherstellen, dass ihre Kinder in der Schule nicht länger stören. Der Familienfrieden kann deswegen zwar für ein paar Wochen schief hängen – aber in der Schule gerät so alles wieder ins Lot.

Hier wird keine Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule praktiziert. Hier findet eher so etwas wie eine »Feindliche Übernahme« statt. Die Familien müs-

sen akzeptieren, dass sie für den schulischen Erfolg ihrer Kinder mitverantwortlich sind. Und dafür haben sie ihren Preis zu zahlen.

Die privaten Wurzeln der Selektion

Jedes pädagogische Outsourcing aber geht zu Lasten der Chancengleichheit. Denn nicht alle Eltern sind in gleicher Weise in der Lage, der Schule unliebsam gewordene Aufgaben abzunehmen. Nicht alle Mütter können ihren Kindern den Satz des Pythagoras oder den Unterschied zwischen Subjunktion und Konjunktion erklären. Nicht alle Eltern sind gewillt, ganze Wochenenden zu opfern, um mit ihren Kindern auf die nächste Klassenarbeit zu lernen. Und nicht alle Väter haben das Geld, um ihrem Kind einen Lehrgang im »Studienkreis« oder in der »Schülerhilfe« zu bezahlen. In dem Maße aber, in dem die Eltern in die Pflicht genommen werden, verschärft sich die soziale Selektion innerhalb unseres Bildungssystems. Nicht durch das, was die Schule tut, werden die Kinder bildungsaktiver und einkommensstarker Familien bevorzugt – sondern durch das, was sie nicht tut.

Seit PISA darf man wieder offen aussprechen, was lange Zeit tabuisiert war: Dass der Schulerfolg eines Kindes in erster Linie von der sozialen Situation seines Elternhauses abhängt und dass solche sozialen Disparitäten eigentlich ein Skandal sind. So lange aber die Praxis des pädagogischen Outsourcing nicht gestoppt wird, wird sich an dieser sozialen Schiefelage unseres Schulsystems nichts ändern. Eine faire Erziehungspartnerschaft hätte deshalb mit einer klaren Arbeitsteilung zwischen Elternhaus und Schule zu beginnen. In diesem Zusammenhang müssen sich Eltern darauf verlassen können, dass sie in Zukunft von schulischen Zerotendenzen verschont bleiben. Die Schule aber hätte sich einer umfangreichen Aufgabenkritik zu unterziehen und dabei keine Tabus zu akzeptieren. Vielleicht könnte das Ergebnis eine Schule ganz neuen Zuschnitts werden – eine Schule nämlich,

- die auf Hausaufgaben ganz verzichtet und dafür im Rahmen des Stundenplans gesonderte Übungszeiten anbietet.
- die sich die individuelle Förderung einzelner SchülerInnen zur Aufgabe macht und dafür den Unterricht völlig neu strukturiert.
- die auf stofflastige Klassenarbeiten verzichtet und diese durch kleinere, unangekündigte Leistungsnachweise ersetzt.
- die sich den Konflikten mit einzelnen SchülerInnen stellt, ohne damit deren Eltern zu behelligen.
- die die SchülerInnen mit außerschulischen Bildungsangeboten bekannt macht und diese Aufgabe nicht alleine den Eltern überlässt.
- für die auch der Umfang der Schulferien nicht länger ein Tabu ist, weil hier die Grundlagen für spätere Benachteiligungen gelegt werden.
- die zum Nulltarif zu haben ist und von den Eltern nicht länger eine Subventionierung staatlicher Kernaufgaben verlangt.

Die ungerechte Verteilung der Bildungschancen ist nicht im Klassenzimmer, sondern im System begründet. Deshalb muss hier angesetzt werden, wenn sich die Kinder aus armen und bildungsfernen Familien nicht länger mit der Verliererrolle abfinden sollen.

von **Jonas Lanig**

Gymnasiallehrer
und Kreisvorsitzender der GEW Nürnberg



 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not **40**
Jahre



Viel erreicht – Viel zu tun!

40 Jahre Hilfe für Kinder in Not: Straßenkinder, arbeitende Kinder, von AIDS betroffene Mädchen und Jungen sowie Opfer von Krieg und Gewalt – wir sorgen für ihre Betreuung und Ausbildung. Und setzen uns weiterhin ein für die Rechte von Kindern. Helfen Sie mit!

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück

Spendenkonto 700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25
www.tdh.de/40



Dieses Bild ist eine Montage (Hörsaal-Foto: David Ausserhofer) – aber sicher nicht mehr lange. Seit Herbst 2006 gibt es an der Würzburger FH einen »Aldi-Süd-Hörsaal«, weil das Unternehmen die Renovierung des Hörsaales gesponsert hat. Der Hörsaal wird in Aldi-Farben gestrichen und mit dem entsprechenden Logo ausgestattet. Darüber, wie viel Aldi sich das hat kosten lassen, wird sowohl von Seiten der Hochschule als auch von Seiten des Unternehmens Stillschweigen bewahrt. (Vgl. Der Tagesspiegel-online, 12.10.2006)

Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern gibt es in Bayern bisher nur wenige private Hochschulen, auch die staatliche Förderung dieses Modells hält sich in sehr engen Grenzen. Neben den durch das Reichskonkordat von 1933 abgesicherten Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft und der kommunalen Musikhochschule Nürnberg/Augsburg, die in 2007 und 2008 mit jeweils 4,79 Millionen Euro bezuschusst wird, gibt es einige wenige »echte« Privathochschulen. Die erste nach Art. 77 des Bayerischen Hochschulgesetzes staatlich anerkannte private Hochschule in Bayern war die seit 1991 bestehende Munich Business School.

Die European School of Management and Technology in München ist die einzige nicht-kirchliche Hochschule, die zurzeit aus Landesmitteln staatlich gefördert wird, und zwar für das Haushaltsjahr 2007 mit 800.000 Euro, in 2008 mit 400.000 Euro (die Förderung läuft dann wohl aus) – allerdings nicht aus dem Hochschulhaushalt, sondern unter dem Haushaltstitel Wirtschaftsförderung.

Private Hochschulen konzentrieren sich in erster Linie

auf die Fachrichtungen Management, Business und Technology, meist mit dem Anspruch, für diese Bereiche Führungspersonal auszubilden. Dementsprechend wird die Finanzierung durch – zum Teil sehr hohe – Studiengebühren und vor allen Dingen Sponsoring gewährleistet.

Die Förderung kirchlicher Hochschulen:

Katholische Stiftungsfachhochschule München/Nürnberg	2007: 7,43 Mio. Euro
	2008: 7,54 Mio. Euro
Katholische Hochschule Eichstätt	2007: 30,0 Mio. Euro
	2008: 31,1 Mio. Euro
Evangelische Hochschule Neuendettelsau	2007: 945.000 Euro
	2008: 945.000 Euro
Kirchliche Hochschule für evangelische Kirchenmusik	2007: 670.000 Euro
	2008: 670.000 Euro
Kirchliche Hochschule für katholische Kirchenmusik	2007: 1,41 Mio. Euro
	2008: 1,41 Mio. Euro

Instrument Drittmittel

Tatsächlich sind allerdings nicht die privaten Hochschulen das Problem, sondern die Privatisierung der staatlichen Hochschulen. Gerade angesichts der Sparhaushalte in den letzten Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, die Finanzierung der Hochschulen mit Mitteln aus anderen Quellen auszugleichen. Die Finanzmittel der Hochschulen setzen sich zusammen aus der staatlich finanzierten Grundausrüstung, den Verwaltungseinnahmen und Drittmitteln. Verwaltungseinnahmen umfassen Dienstleistungsentgelte (vor allem im Klinikbereich), Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen, Studiengebühren und ähnliches. Laut Statistischem Bundesamt beliefen sich die Drittmiteleinnahmen der Hochschulen 2003 auf 3,4 Milliarden Euro, im Vergleich dazu waren es 1995 knapp 2,1 Milliarden Euro. Während also von 1995 bis 2003 die Drittmiteleinnahmen um 64 % und der Anteil der Dritt-

mittelfinanzierung an den gesamten Hochschulausgaben von 8 % im Jahr 1995 auf 11 % in 2003 gestiegen sind, ist im selben Zeitraum der Anteil der Grundmittelfinanzierung an den Gesamtausgaben von 61 % auf 58 % gesunken.

Die direkte Förderung der gewerblichen Wirtschaft belief sich dabei auf 917 Millionen Euro, weitere Drittmittelgeber sind regelmäßig die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der Bund, Stiftungen, internationale Institutionen u.a.¹ Es handelt sich also immer noch auch bei einem großen Anteil der Drittmittel um staatliche Gelder, die allerdings unter ganz anderen Maßgaben verteilt werden (können) als die Grundausstattung der Hochschulen. Dadurch, dass diese Mittel die Hochschulen über den Umweg des Drittmittelgebers erreichen, sind sie z. B. der parlamentarischen Kontrolle ebenso entzogen wie der hochschulinternen Mitbestimmung.

Aber auch in die Berechnung der finanziellen Grundausstattung fließen zunehmend so genannte Leistungsparameter (z. B. Höhe der eingeworbenen Drittmittel) ein. In der Forschungsförderung sind staatliche Mittel manchmal sogar direkt an die Einwerbung von Drittmitteln gekoppelt. Dieser Trend wird gefördert durch verschiedene Programme zur »Verbesserung der Kooperation« von Hochschulen und Industrie. In den letzten Jahren wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für drittmittelbasierte Hochschulfinanzierung schrittweise verbessert. Letzter Streich ist hier die bundesgesetzliche Regelung, die die Finanzierung eines Projekts durch Drittmittel als Befristungsgrund für Arbeitsverträge im Hochschulbereich zulässt – damit werden in Zukunft noch mehr Arbeitsplätze in diesem Sektor vollständig von dem jeweiligen Sponsor abhängig sein.

Instrument Hochschulrat

In Bayern wurde mit dem neuen Bayerischen Hochschulgesetz in vielen Bereichen ebenfalls die Voraussetzung für einen direkteren, unkontrollierten Zugriff der Industrie auf das Potential der Hochschulen geschaffen. Im Grunde ist die hier gewählte Variante auch viel eleganter: Es wird nicht der direkte Ausverkauf betrieben, indem private Hochschulen oder Drittmittelprojekte mit Staatsgeldern gefördert werden (was nicht heißen soll, dass gerade Zweites nicht auch betrieben wird), sondern die Sponsoren werden eingeladen, sich an der Leitung der Hochschulen zu beteiligen. Mit dem Hochschulrat, dem neben den gewählten Mitgliedern des Senats »acht Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur und insbesondere aus Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder)« angehören (BayHSchG Art. 26, I) und dessen VorsitzenderR prinzipiell eine dieser acht Persönlichkeiten und kein(e) HochschulangehörigerR ist (BayHSchG Art. 26, IV), wurde eine direkte Schnittstelle zur Industrie mit weitgehenden Kompetenzen geschaffen. Diese reichen von der Beschlussfassung über die Hochschulentwicklungsplanung und über die Einrichtung, Än-

Im 10-köpfigen Hochschulrat der LMU München sitzen (von oben im Uhrzeigersinn): Prof. Dr. Herbert A. Henzler (McKinsey & Company Inc.), Prof. Dr. Wilhelm Simson (Aufsichtsrat der EON AG), Dr. Nikolaus von Bomhard (Vorstandsvorsitzender der Münchner Rück), Dr. Albrecht Schmidt (ehem. Vorstandssprecher und Aufsichtsratsvorsitzender der HypoVereinsbank AG) und als Vorsitzender des Gremiums Prof. Dr. Hubert Burda (Vorstandsvorsitzender der Burda Holding GmbH & Co. KG).



Fotos: imago

derung und Aufhebung von Studiengängen bis hin zur Wahl der Hochschulleitung (BayHSchG Art. 26, V). Gegen die Ablehnung von SPD und Grünen wurde mit dieser Regelung die Mitbestimmung der Gruppen in der Hochschule faktisch ausgehebelt, Anträge der Opposition, die eine paritätische Mitbestimmung einforderten, wurden natürlich abgeschmettert.

Instrument Rechtsform

Ein weiteres Beispiel für Privatisierung in kleinen Schritten ist das Universitätsklinikagesetz (BayUniKlinG). Die Universitätskliniken Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg wurden von Staatsbetrieben in rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts umgewandelt. Mit dem Gesetz wurde privaten Rechtsformen für die Kliniken die Tür geöffnet, u. a. wurde außerdem die Möglichkeit weitgehenden Outsourcings geschaffen: »Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich das Klinikum Dritter bedienen, an Unternehmen beteiligen und Unternehmen gründen« (BayUniKlinG Art. 2 II).

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits lange vor der Diskussion über das neue Bayerische Hochschulgesetz festgestellt, dass den Hochschulen ausreichend Mittel mit einer langfristigen Bestandsgarantie zur Verfügung gestellt werden müssen. Auf dieser Grundlage muss dann aber auch darüber geredet werden, wie die Hochschulentwicklung im Interesse aller aussehen soll. Wir wollen, dass statt der Diktatur der Sachzwänge eine demokratisch diskutierte Hochschulentwicklungsplanung erarbeitet werden kann. Dazu müssen aber alle Hochschulangehörigen an der Diskussion teilnehmen können und gleichzeitig denjenigen, die von den Ergebnissen in Lehre und Forschung betroffen sein werden, ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

von Adelheid Rupp

MdL, stellv. hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion



¹ Bericht »Hochschulstandort Deutschland 2005«, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Dezember 2005.

Sparen, sparen, weiterbilden!

Die Bundesregierung sorgt sich um die »Humankapitalausstattung«¹ dieses Landes. Die demographische Entwicklung (sie schon wieder!) erfordere eigentlich vermehrt Investitionen in lebenslanges Lernen, um wirtschaftliches Wachstum zu garantieren.

Die Realität zeigt seit dem Jahr 2000 stetig rückläufige Weiterbildungsnachfragen. Dies als Folge privater Präferenzen der Individuen und nicht politischer Entscheidungen – z. B. der Weiterbildungspolitik der Agentur für Arbeit – zu definieren, ermöglicht es, auch die Lösung des Problems vorwiegend den Individuen zu überlassen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat als Lösung des Problems das »Bildungssparen« entdeckt, ein Animationsinstrument, das der vorgeblichen Lernfaulheit der deutschen Bevölkerung mittels finanzieller Anreize ein Ende setzen soll. Wir zitieren im Folgenden auszugsweise die Homepage des Ministeriums:
<http://www.bmbf.de/de/7342.php>

¹ Bert Rürup, Anabell Kohlmeier: Wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des Weiterbildungssparens, BMBF, Bonn/Berlin 2007.

»Erklärtes Ziel des Weiterbildungssparens ist es, möglichst jedem Menschen die Finanzierung von Weiterbildung zu erleichtern und damit gerade die Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme zu mobilisieren, die bisher aus Geldmangel ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern konnten. Die Altersvorsorge soll von diesem »neuen« Sparmotiv unberührt bleiben. Die Gutachter schlagen daher vor, auf bereits bestehende Sparmöglichkeiten aufzubauen.

Die Experten haben auf Basis ihrer Studien ein Modell entwickelt, das drei neue Unterstützungsangebote vorsieht: eine Weiterbildungsprämie, eine Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes und ein Darlehen für umfangreichere Weiterbildungen.

In den Gutachten wird als zentrales Instrument der Weiterbildungsfinanzierung eine staatliche Weiterbildungsprämie vorgeschlagen. Ihre Höhe sollte maximal 154 Euro betragen. Sie wird jedem gewährt, der die gleiche Summe selbst noch einmal aus eigenen Mitteln aufbringt. Einschließlich einer Bagatellgrenze von 30 Euro beträgt das Budget für eine Weiterbildung damit 338 Euro. Mit dieser Summe können die Kursgebühren von über 75 Prozent der derzeit von Einzelnen getätigten Weiterbildungsmaßnahmen bezahlt werden. Der spezielle Anreiz: Fast die Hälfte der Kosten trägt der Staat in Form der Weiterbildungsprämie. (...) Die Prämie ist vor allem für die Menschen attraktiv, die eine Weiterbildung steuerlich nicht absetzen können, weil ihr zu versteuerndes Einkommen zu niedrig oder ihre Bildungsaufwendungen unterhalb des Pauschbetrages liegen. Denn wer die Finanzierung beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen aus dem laufenden Einkommen oder vorhandenem Vermögen bestreitet, kann die Kosten im Rahmen der Einkommensteuererklärung bereits seit geraumer Zeit geltend machen.

Die zweite Möglichkeit der Weiterbildungsfinanzierung ist eine vorzeitige Entnahme aus dem Vermögensbildungsgesetz (VermBG). Je nach Sparbetrag und Zinssatz stehen bei den geltenden Konditionen des Vermögensbildungsgesetzes nach einem Jahr rund 500 Euro, nach sieben Jahren 3.500 bis 4.000 Euro zur Verfügung. Mit dieser Summe ließen sich auch größere Weiterbildungsmaßnahmen bezahlen. Der Vorschlag der Experten sieht vor, dass der angesparte Betrag schon vor Ablauf der Sperrfrist für Weiterbildung genutzt werden kann, ohne dass der Anspruch auf die staatlichen Zulagen verloren geht, der kleineren und mittleren Einkommensgruppen im VermBG eingeräumt wird.

Als dritte Möglichkeit sieht das Modell ein zinsgünstiges Weiterbildungsdarlehen vor, mit dem nach obligatorischer Beratung ohne individuelle Bonitätsprüfung bei moderaten Zinsen Mittel für Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden. Gerade für Weiterbildungsmaßnahmen, die gestiegene Lebenshaltungskosten – zum Beispiel durch einen temporären Ortswechsel – mit sich bringen, kann dies ein wertvolles Angebot sein. Auch aufwendigere Maßnahmen können damit finanzierbar werden.«



Foto: imago/Bernd Friedel

Dazu nimmt der GEW-Hauptvorstand wie folgt Stellung:

»Schavans Sparmodell reicht nicht aus«

GEW: Weiterbildung für alle wird es mit dem Bildungssparen nicht geben. Bildungsgewerkschaft fordert Erwachsenen-BAföG!

»Das Bildungssparen wird sein zentrales Versprechen nicht einlösen können: Weiterbildung für alle lässt sich allein mit diesem Instrument nicht fördern. Dies ist ein Programm für die gehobene Mittelschicht. Vor allem Geringqualifizierte und Niedriglöhner

bleiben außen vor. Sie müssen ihre ohnehin geringen Ersparnisse für die Altersvorsorge einsetzen. Die Förderung der Vermögensbildung und groß angelegte Darlehensprogramme gehen an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei. Schavans Sparmodell reicht nicht aus«, kommentierte der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne, die von Bundesbildungsmini-

sterin Dr. Annette Schavan (CDU) präsentierte Gutachten zum Bildungssparen.

Ihren eigentlichen Anspruch, Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems zu machen, werde Schwarz-Rot mit dem vorgelegten Drei-Säulen-Konzept verfehlen, erklärte Thöne. »Will Schavan – wie sie sagt – wirklich einen Mentalitätswechsel, möchte sie mehr Menschen an der

→ Weiterbildung beteiligen, brauchen wir ein viel umfassenderes Konzept«, betonte der GEW-Vorsitzende. Hierzu habe die Expertenkommission »Finanzierung lebenslanges Lernen« im Sommer 2004 im Auftrag des Bildungsministeriums vernünftige Vorschläge gemacht.

Ulrich Thöne fordert vor allem die Einführung eines Erwachsenen-BAföGs. »Nicht nur Manager haben das Recht auf lebenslanges Lernen. Wir müssen viel mehr Menschen – gerade auch mit niedrigen Abschlüssen, Arbeitslose, Alleinerziehende und Migranten – für die Weiterbildung gewinnen. Sie brauchen diese Qualifikation als Grundlage, um sich in Gesellschaft und Beruf zu integrieren. Und die Gesellschaft benötigt immer mehr qualifizierte Menschen. Ohne solide finanzielle Unterstützung bleibt dieses Ziel Makulatur.«

Die in den heute präsentierten Gutachten vorgeschlagene so genannte Weiterbildungsprämie ist nach Auffas-

sung der GEW ungenügend. »Mit 154 Euro lassen sich nur Kleinstmaßnahmen finanzieren. Insbesondere aufwendigere Fortbildung sind so für die Menschen nicht zu bezahlen«, sagte Thöne. Zudem mangle es im Weiterbildungssystem an Transparenz und Orientierungsmöglichkeiten für die Menschen. »In Deutschland haben wir mehr als 10.000 Anbieter. Wir brauchen deshalb eine bessere Infrastruktur in Sachen Information und Beratung.«

Bisher seien sämtliche Versprechen, die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems auszubauen, bloße Lippenbekenntnisse geblieben. Der nationale Bildungsbericht 2006 zeige es: Immer weniger Menschen nehmen an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung teil, und zwar bei allen Qualifikationsgruppen. Unternehmen und Staat ziehen sich weitgehend aus der Finanzierung von Weiterbildung zurück. Seit dem Jahr 2000 haben Bund, Länder und Kom-

munen ihre Ausgaben um satte 332 Millionen Euro (21,5 Prozent) reduziert. Thöne: »Diesen Trend müssen wir umkehren. Mit einer umfassenden Offensive für die Weiterbildung. Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung.«

von Ulf Rödde

Pressesprecher beim Hauptvorstand der GEW



Mein lieber Schwan, Frau Schavan!

Abhängig Beschäftigte gelten Liberalen und allen anderen Kapital-IdeologInnen als Arbeitskraft-UnternehmerInnen, die sich selbst um die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft zu kümmern haben. Weiterbildung hat in dieser Sicht eine Funktion, nämlich die Qualifikation der Ware Arbeitskraft jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, damit man im Konkurrenzkampf um Beschäftigung seine Chancen wahrt. Die Ausgaben dafür sind Investitionen, die – vielleicht, denn Wagnis mag schon sein, wo Gewinn erwartet wird – Rendite abwerfen werden, wenn die Unternehmenden klug handeln. Für Ausgaben in das eigene Unternehmen sind die EignerInnen zuständig. Ihre Weiterbildung haben also prinzipiell die Beschäftigten zu bezahlen. Nun gibt der Staat sogar noch etwas Investitionsförderung dazu. Bildungsökonomisch ist Bildung eine Kostengröße im Verwertungsprozess. In seiner Privatisierungspolitik will der Staat sie den privaten Subjekten übertragen, die wirtschaftlich und beruflich miteinander um Gewinn, um Beschäftigung und um Aufstieg konkurrieren. Freche IdeologInnen behaupten sogar, dies sei Selbstbestimmung, weil alle für ihre persönlichen Entscheidungen selbst verantwortlich wären. Emanzipation, Kritik, Beteiligung – in einer humanen Bildung nicht ganz unwesentlich – sind dysfunktional und kommen nicht vor. Sie gelten bestenfalls als Schrullen vergangener Jahrhunderte. Im dialektischen Denken Bewanderte behaupten mitunter, emanzipiert sei gerade, wer Ein-

sicht in die Notwendigkeit der großen Freiheit des Marktes und des Unternehmertums zeige. Wer nicht mitmacht, wird schlicht unbrauchbar.

Die Botschaft von Frau Schavan ist klar: Als wäre Regierungspolitik mit den Mitteln einer Bank zu treiben, offeriert sie Prämien, Vermögensbildung und zinsgünstige Kredite, um die Leute zu höherer Leistung und größerer Risikobereitschaft anzutreiben. Sie produziert damit mehr Ungleichheit, mehr Chancenlose, mehr Ausgegrenzte. Nach Lesart der Ministerin sind die dann selbst schuld an ihrer Misere, denn warum haben sie die gebotenen Chancen nicht genutzt.

Wir sollten eine andere Sicht darauf haben: So wie früher allen der Zugang zu Schule, Bildung und Ausbildung zu öffnen war, muss es uns jetzt um ein Recht auf Weiterbildung gehen. Es ist nicht hinzunehmen, dass ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts in privater Verfügung bleibt und die Konkurrenzgesellschaft auf die Spitze getrieben wird. Ökonomisch wäre Weiterbildung für alle längst möglich. Politisch und kulturell fehlt da eine Kleinigkeit. Ein paar mehr Mitglieder in der GEW werden wir noch brauchen.

von Peter Weiß

GEW Bayern, Büro für Weiterbildung
E-Mail: gew.peter.weiss@t-online.de



Lebenslanges Lehren – Ausgrenzung als Chance

Das DIE-Forum 2006 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung ignoriert die prekäre Realität der »Freien«

»Schicksal als Chance«, so lautete der Titel eines Bestsellers der Esoterikszene in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in dem der als Psychoguru bekannte Autor Thorwald Detlefsen seiner Leserschaft den trostlosen Rat übermittelte, die Widrigkeiten des Daseins im Lichte »höherer Erkenntnis« als Herausforderungen für ihre persönliche Entwicklung zu begreifen.

»Ausgrenzung als Chance« könnte das Credo der Markt-EsoterikerInnen sein, die unter dem Label des »Arbeitskraft-unternehmers« den aktuell erreichten Stand der Deregulierung und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung als Plattform für den Aufbruch in ein neues Freiheitsreich der Selbständigkeit preisen und die ihre Vorstellungen von der brave new world des Bildungsmarktes auch auf dem diesjährigen DIE-Forum artikulierten.

Überhaupt geht es in der neuen Esoterik ganz so zu wie in der alten: Es darf frei herumspintisiert und in einem schauerlichen Neusprech umbenannt werden, was sich dem Denken widersetzt, bis aus dem Zwang für die KursleiterInnen zur sich bei den Trägern anbietenden Suche nach zeitweiliger Beschäftigung eine »Akquisitionskompetenz« geworden ist, der verzweifelte Versuch, die wechselnden Kurzzeitbeschäftigungen bei zwei bis vier oder mehr Einrichtungen mit den (Rest)ansprüchen eines Privatlebens zu vereinbaren als »Selbstmanagement« erscheint und schließlich die alltäglichen Bemühungen, über alledem nicht den Verstand zu verlieren als »Selbstcoaching« ihre höheren marktkonformen Weihen erhalten.

Eines jedenfalls zeigt die für das BMBF erstellte Studie über »die soziale und wirtschaftliche Lage der Lehrenden in der Weiterbildung«, die im Mittelpunkt des Forums stand, sehr deutlich: In der Weiterbildung ist wie in kaum einem anderen qualifizierten beruflichen Sektor die Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse zum statistischen Normalfall geworden. Dies gilt vor allem an den VHSen, in denen Lehrende in festen Arbeitsverhältnissen den absoluten Ausnahmefall (4 %) darstellen und die damit das angeblich vorbildlich »moderne und flexible Institutionenkonzept«, wie es eine Referentin formulierte, repräsentieren. Wenn es modern sein soll, die Hauptträger der so genannten »Kernkompetenz« für die in den Einrichtungen erbrachte »Dienstleistung« vor der Tür stehen zu lassen, dann können sich die VHSen hier ein dickes Eigenlob aussprechen.

Muss man von Arbeit leben können?

Hunderttausende Lehrende oder solche, die es gerne – zeitweilig, versteht sich – sein wollen sind als »Zulieferer«, wie es in der Sprache von ISO 9000 f zynisch heißt, aus den Weiterbildungseinrichtungen »outgesourct« und erleiden eine

Beschäftigungs- und Lebenssituation, vor der die mantraförmigen Beteuerungen über die Wichtigkeit der Bildung wiebarer Hohn klingen. Da lässt es sich unter BildungsexpertInnen – die trostlose Realität im einführenden Überblick abgehakt – trefflich darüber diskutieren, wie an die heute oft schon hoffnungslos Überforderten neue Anforderungen formuliert werden können, um die Branche nach vorne zu bringen. Da es vom Tagungszweck weggeführt hätte, die Berufsgruppe als Menschenansammlung mit einem einheitlichen ökonomischen und beruflichen Interesse an der Beendigung der systematischen institutionellen Ausgrenzung zu definieren, konnte man auch die Forderung als zweitrangig ansehen, die Lehrtätigkeit erst einmal zu einer Arbeit zu machen, von deren Einkommen man anständig und mit Perspektive leben kann.

So kam eine AG des ersten Tages schließlich dazu, die verzweifelte Suche nach einer Gemeinsamkeit aller Lehrenden in ihrer Heterogenität ausgerechnet tautologisch darin sehen zu wollen, dass sie **lehren** (wenn man sie lässt!) und ihre Zukunftsperspektive in der Herstellung des Sprachmonstrums »didaktische Handlungskompetenz« zu definieren. So werden die immer als eigentlicher Kern des Bildungsgeschäfts Gepriesenen auch in der Wissenschaft zu dem, was sie in der Realität schon sind: Zu bloßen Objekten, allerdings notwendigerweise selbstbewussten, deren Selbstbewusstsein den BildungsexpertInnen das Gefäß für die Einspeisung der nächsten und übernächsten marktkonformen Lösungen und Anforderungen abzugeben hat.

Dies wird solange so bleiben, wie sich die institutionelle Ausgrenzung noch einmal spiegelt in der personellen Zusammensetzung von Runden wie der in Bonn zusammengekommenen, wo praktizierende »freie« KursleiterInnen den Seltenheitswert von ExotInnen hatten. Bildung hatte einmal mit emanzipatorischen Ansprüchen aufzuwarten; in der Form des lebenslangen Lernens als permanenter Aufnahmebereitschaft für die jeweils neuesten Qualifikationsanforderungen ist davon kaum mehr ein Abglanz geblieben. Für einen Großteil der Lehrenden dürfte die spiegelbildliche Entsprechung zu diesem trostlosen Programm mangels ausreichender sozialer Absicherung ohnehin »lebenslanges Lehren« heißen.

Da bleibt nur zu hoffen, dass bei der monatlichen »Kompetenzbilanzierung« das pädagogische Charisma nicht auf der Strecke bleibt!

von Ernst Olbrich

VHS Frankfurt



Warenangebot: Jugend- und Eingliederungshilfe

Beobachtungen zur politischen Ökonomisierung im Bereich der Kindertagesstätten

Mit dem KiBiG (Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz) hat sich in Bayern seit August 2005 eine enorme Ökonomisierung des gesamten Tagesstättenbereichs vollzogen. Dies wird sich noch verschärfen, nachdem ab September 2006 vorgegebene Pauschalen für Nutzungsstunden die einzige greifbare öffentliche Subvention für alle Einrichtungen geworden sind. Wie fast alle Sozial- und Bildungseinrichtungen müssen Kindertagesstätten öffentlich mindestens zu 80 % mitfinanziert werden, sollen sie ein Angebot für alle sein. Die Art dieser Finanzierung entscheidet letztlich über die sozialpolitische und präventive Funktion aller Bildungseinrichtungen von Anfang an.

»Subjektfinanzierung«

Waren bisher die öffentlichen Gelder noch z. T. auf *einen konkreten Personalbedarf* bezogen bzw. wurden Einrichtungen nach bestimmten Qualitätskriterien bezuschusst, wird dies nun ersetzt durch die kaufkräftige individuelle Nachfrage nach staatlich vorgegebenen Produkten (die jeweiligen Nutzungsstunden und Kinderfaktoren), genannt kindbezogene Förderung oder auch Subjektfinanzierung. Der Bedarf der Einrichtungen wird zunehmend errechnet statt konkret beurteilt. Alle Träger werden damit über einen Leisten geschlagen, egal ob sie reich oder arm, groß oder klein sind oder ob in der Gegend viel oder wenig Nachfrage besteht.

Der Staat handelt nach dem Prinzip einer budgetierten Mittelverteilung, für deren konkrete Durchführung und Folgen vor Ort er sich nicht mehr verantworten muss. Bezeichnend für alle Systeme betriebswirtschaftlicher Finanzierung sind die strikt getrennten Ebenen der Mittelverteiler (»Controller«) und der konkret mit Menschen Arbeitenden.

Der Begriff der Subjektfinanzierung verdeckt, dass die Pauschalen nichts mit dem direkten Bildungsbedarf der Kinder oder den dem Träger von Kitas wirklich entstandenen Kosten zu tun hat. Aufgrund der geforderten Kostenneutralität befinden sich zudem die staatlichen Pauschalen auf einem recht niedrigen »mittleren« Niveau. Dies zwingt die Träger dazu, jeweils zuerst mit den Größen Personal und Kindern betriebswirtschaftlich zu kalkulieren, *bevor* sie eine pädagogische Entscheidung treffen können. Bei Fehlern bzw. abweichenden Entwicklungen drohen Gebührenerhöhungen bzw. Personalkürzungen wegen Unterfinanzierung. Nur die wirtschaftlich arbeitende Kita ist daher eine gute Kita; inhaltliche, sozialpädagogische und konzeptionelle Gesichtspunkte sind inzwischen nachrangig und werden nicht selten von Gesichtspunkten der Werbung um Faktorenkinder und Buchungsstunden überlagert.

Gravierende Einschnitte

Neben einem enormen zusätzlich zu leistenden Verwaltungsaufwand sind es vor allem Finanzierungsprobleme, die gravierende Einschnitte für Personal und Eltern bedeuten und zwar in Form von Rationalisierung von Personalstunden, prekären Teilzeitarbeitsverhältnissen und Befristungen, Verfall von Tariflöhnen, erzwungener Ausweitung der Altersmischung, Wegfall von unwirtschaftlichen Öffnungszeiten, Gruppen und Einrichtungen, Erhöhung und Ausdifferenzierung von Elternbeiträgen; dies alles zur Deckung von Betriebskosten und Betriebsrisiken.

Leidtragende sind auch die Kinder von Eltern mit geringem Einkommen, deren Kita-Plätze von den Jugendämtern subventioniert werden. In den meisten Kommunen werden durchschnittlich nur noch 5 bis 6 Stunden finanziert und in Rosenheim sollen beispielsweise die Hortkosten gar nicht mehr übernommen werden, wenn ein Elternteil nicht berufstätig ist. Ansprüche für Kostenübernahme von Krippenplätzen werden fast überall durch die kostengünstigere Tagespflege unterlaufen.

Beispiel: Ganztages- und Mittagsbetreuungen

Eine der sichersten Methoden, sozial Schwache dauerhaft abzuhängen, besteht darin, immer neue, zusätzliche Schwellen durch finanzielle Eigenbeteiligungen der Eltern zu errichten. Zu diesen politisch gewollten Hürden zählt jenes vom Freistaat Bayern unzureichend geförderte Konzept der Ganztagsbetreuung an Schulen – zur Vermeidung echter Ganztagschulen!

Diese Maßnahme sieht nicht nur einen Eigenbeitrag der Eltern an den pädagogischen Kosten in Höhe von monatlich ca. 40 Euro vor, sondern auch am Mittagessen mit gut 10 Euro pro Woche. Da es sich um eine schulische Maßnahme handelt, zahlt ihnen das Jugendamt nichts. Dadurch kommen gerade die Kinder und Jugendlichen, die ein ökologisch wertvolles Mittagessen in einem ganztägigen Rahmen zu ihrer ganzheitlich verstandenen Bildung besonders nötig hätten, nicht in den Genuss dieser Maßnahme. Ihren Eltern fehlt entweder das Geld dafür oder sie setzen andere Prioritäten; die Kinder werden dafür bestraft!

Sogenannte Mittagsbetreuungen an Grund- und Förderschulen gibt seit fast 15 Jahren. Das Mittagessen unterliegt keinerlei Standards und der staatliche Zuschuss reicht kaum für eine geringfügige Beschäftigung aus. Auch hier erhalten Eltern, die eigentlich Anspruch hätten, keinen Zuschuss vom Jugendamt.

Auch Hortkinder gehen leer aus

Anders als bei der Ganztagsbetreuung hatte das Jugendamt bisher immerhin die Möglichkeit, die Kosten für das Mittagessen im Hort zu übernehmen. Dass es darauf einen Rechtsanspruch gibt, hat am 1.4.2004 der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschieden (Az: 12B00.1259).

Ein Schreiben der Stadt Nürnberg klärt nun darüber auf, dass »in der Regel faktisch die Übernahme entfällt, weil sich die häusliche Ersparnis mit den Kosten für ein Mittagessen deckt«, und selbst wenn die Kosten geringfügig darüber liegen, »entfällt wegen des unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwands ... eine Übernahme«. So marschieren die Behörden Hand in Hand gegen elementare soziale Bedürfnisse der Betroffenen.

Beispiel: Eingliederungshilfe

Bisher garantierte Leistungen für den Tagesstättenbesuch von behinderten Kindern und Jugendlichen werden ebenso immer mehr zurückgefahren. Nachdem hier die Eltern nur die sog. häusliche Ersparnis zahlen müssen, versuchen Bezirke als Kostenträger zur Zeit, die so finanzierten Tagesstättenzeiten zurückzufahren: Die sogenannte Ferientagesstätte soll nun z. T. von Zuzahlungen der Eltern abhängig gemacht werden und die Notwendigkeit einer Tagesstätte ab der 7. Klasse wird ebenfalls in Frage gestellt.

Das persönliche Budget

Das relativ neue Konzept des »Persönlichen Budgets« (SGB XII) sieht vor, behinderten Menschen die bisherigen Leistungen der Eingliederungshilfe in Form von Geld persönlich zu überlassen; sie können nun z. B. Freizeitangebote, aber auch zum Leben notwendige Dienstleistungen einkaufen. Sie könnten anstelle eines wenig flexiblen Behindertenfahrdienstes auch mal ein Taxi bestellen oder sich ggf. von Billigkräften oder Ehrenamtlichen statt von Fachkräften betreuen lassen.

Allerdings darf dieses Budget nie höher sein als die bisherige vergleichbare Eingliederungsleistung und – was noch wichtiger ist – eine Budgetassistenz in Form von Beratung und Begleitung bei der Auswahl des individuell passenden Angebots wird nicht mitfinanziert. Die meisten behinderten Menschen bräuchten freilich genau dies.

Auch die Frühförderung ist betroffen

Schon seit Mitte der 90er Jahre wurden in Behinderteneinrichtungen die Pflegesätze in pauschale und gedeckelte Leistungsentgelte umgewandelt. Von hier aus ist diese Finanzierungsform wie schleichendes Gift in weite Bereiche der Jugendhilfe gedrungen und hat die bisher an einer bedarfsdeckenden Finanzierung, an fachlichen Standards und an Tariflöhnen orientierte alte Form der Kostenerstattung verdrängt. Mit der Fachleistungsstunde wurde eine

ökonomische Einheit geschaffen, die die verschiedensten Arbeitsleistungen im Durchschnitt berechnet. Dieser Ansatz ist beispielsweise auch in der neuen Landesrahmenvereinbarung Frühförderung enthalten und führt dort schon zu einer Drosselung der Nachfrage sowie zu einer erheblich gestiegenen Arbeitsbelastung des Personals.

Ist das Sozialwesen überhaupt marktfähig?

Die sozialen Folgen der Ökonomisierung sozialer Leistungen sind jetzt schon sicht- bzw. absehbar. Zunehmend ist nicht mehr die bedarfsgerechte Hilfe Ausgangspunkt sozialstaatlichen Handelns, sondern oft gerade die Vermeidung solcher Hilfen. Professor Dr. Klaus Dörner, der große Pionier der Sozialpsychiatriereform führt dazu aus: »Das Gesundheits- und Sozialwesen als gesellschaftliche Organisation des Helfens ist, von Teilbereichen abgesehen, im Kern nicht marktfähig. (...) Während (...) der kategorische Imperativ des Sozialen und der Solidarität verlangt, stets vom chancenlosesten Letzten her zu denken, befiehlt das Gesetz des Marktes, die jeweils Chancenreichsten (...) zu begünstigen. (...) Aus solchen Gründen wirkt die in der Produktionswirtschaft hilfreiche Marktsteuerung bei ihrer verfehlten Übertragung auf den Sozialbereich ebenso gesellschafts- wie gesundheitszerstörend, weil sie (...) hilfebedürftige Menschen mit Sachen, Kunden oder Waren verwechselt. Eine Gesellschaft ist nur dann funktionsfähig, wenn sie über einen marktgesteuerten Bereich ebenso verfügt wie über einen solidaritätsgesteuerten Bereich – jedoch getrennt voneinander.« (Bayerische Sozialnachrichten, 5/2006, S. 4, f.)

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



10 neoliberale Strategien und Methoden der Steuerung von Bildung und Sozialleistungen

– ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Gedeckelte Budgetierung – meist in Höhe der bisherigen Ausgaben – ohne Rücksicht auf den konkreten Bedarf
2. Abstrakte Bedarfsberechnung (statistisch gewonnene Pauschalen, Faktoren etc.), Mittelwerte als Obergrenze – Abwärtsspirale einkalkuliert
3. Verpreislichung von Leistungen (z. B. Fachleistungsstunde, persönliches Budget) – Hoffnung auf Billiganbieter
4. Verbetrieblichung: Betriebsergebnis entscheidet über Sozial- und Bildungsarbeit, Betriebsrisiko bei den Einrichtungen bzw. Trägern
5. Trennung von »Controllern« und konkret mit Menschen Arbeitenden
6. Steigerung der Eigenbeteiligung auch für Mittellose
7. Abbau von Leistungen (meist indirekt durch Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage bzw. Verweigerung der Eigenbeteiligung)
8. Förderung der Ehrenamtlichkeit anstelle bzw. auf Kosten von Fachkräften
9. Verzicht auf definierte sozialpolitische Standards (z. B. Mindestlohn, Tarifbindung)
10. Qualitätssicherung und Dokumentation werden im Übermaß verlangt.

Privatisierung auf Britisch

Ein Stimmungsbild aus »Merry Old England«

Wahre britische PatriotInnen halten die Monarchie, die sie sich leisten, für die beste Herrschaftsform der Welt, und als AnhängerInnen von »König Fußball« sind sie trotz herber Enttäuschungen fest davon überzeugt, dass weltweit nirgends besser gekickt wird als auf ihrer Insel. Ähnlich ungebrochen ist wohl auch das Verhältnis vieler EngländerInnen zu ihrem Bildungswesen. Obwohl England nicht gerade zu den PISA-Siegern zählt, wurde unter den englischen LehrerInnen, denen ich begegnete, keine einzige Stimme laut, die das britische Schulsystem nicht irgendwie als vorbildlich verteidigt hätte.



Foto: imago/Waldmüller

Realistische »Blitzlichter«

Andererseits sind unsere britischen NachbarInnen für ihren Realitätssinn bekannt, und den findet man/frau natürlich auch unter den PädagogInnen aller Schattierungen. Am ehrlichsten sind die Urteile der Eltern, egal ob sie und ihre Kinder von der jeweiligen Bildungssituation profitieren oder ob sie sich benachteiligt fühlen. Und auch die Kinder, sofern sie bereits über ihre Position im Schulsystem reflektieren können, liefern aufschlussreiche »Blitzlichter«. Liest man/frau schließlich auch, so gut es geht, den »Guardian« und passt beim »TV« auf, dann entsteht ein zwar subjektiver, aber im Detail doch nachprüfbarer Gesamteindruck.

Partnerschaft nach »New Labour«

Die Schulen scheinen unter »New Labour« ganz allgemein »besser« geworden zu sein, was immer darunter auch zu verstehen ist. Privatschulen müssen sich stärker um »Kunden« bemühen als in früheren Zeiten, das heißt, auch ganz renommierte Privatschulen haben nicht mehr die gleichen Vergünstigungen wie unter allen vorherigen Regierungen. »Public Private Partnership« (PPP) und »Private Finance Initiative« (PFI) heißen die politischen Konzepte, die diese Entwicklung steuern. Dienste und Aufgaben mit einem hohen staatlichen Anteil wurden und werden in private, sprich kommerzielle Leistung überführt. Die politische Exekutive schreibt lediglich Zielsetzungen (= »targets«) vor und verhängt Strafen, wenn sie nicht erfüllt werden. Das kann bedeuten, dass beispielsweise Geldstrafen für Bahnbetreiber, deren Züge unpünktlich sind, letztlich zu höheren Fahrpreisen für Bahnreisende führen.

Leistungsgerechtigkeit?

Diese Variante des partnerschaftlichen Prinzips wirkt sich mehr und mehr auch auf das Bildungswesen aus. Schulen erhalten ein Budget, das sie aus verschiedenen Töpfen beantragen müssen. Weist eine Schule besondere Leistungen auf, zum Beispiel überdurchschnittliche Prüfungserfolge, gibt es Sonderzah-

lungen, die als Bonuszuschläge an die LehrerInnen weitergegeben werden können. So etwas spricht sich allenthalben schnell herum. Daher sammeln sich an bestimmten Schulen oft die besten LehrerInnen, die wiederum nach besonders geeigneten Kindern Ausschau halten und sie erst nach einem ausgetüftelten Auswahlverfahren aufnehmen. Das sieht »leistungsgerecht« aus, doch viele Eltern sehen es als Bestrafung an, wenn sie ihre Kinder auf Schulen schicken müssen, die ihrer Meinung nach von vornherein in der zweiten Division spielen.

Schulprofile der besonderen Art

Eltern müssen sich bei Schulen um einen Schulplatz für ihre Kinder bewerben. Doch was passiert, wenn etwa eine kirchliche Schule nach den Kriterien der »PPP« und »PFI« besonders erfolgreich ist? Dann werden auch zahlreiche Eltern, die mit der Kirche nichts im Sinn haben, in den 12 bis 14 Monaten vor dem Schulanfang oder -wechsel zu fleißigen und regelmäßigen KirchgängerInnen, damit der Pfarrer ihnen dann in einem Formular bestätigt, dass sie gläubig sind. Auf diese Weise erhöhen sich für ihre Kinder die Chancen, einen Platz an dieser begehrten Schule zu ergattern. Das ist schon kurios genug und stimmt manche BritInnen eher heiter. Nicht erheitend finden KritikerInnen allerdings, dass kirchliche Schulen, die andere Glaubensrichtungen vertreten, nicht immer den Empfehlungen des nationalen Lehrplans folgen. Es gibt Eltern, denen es nichts ausmacht, wenn an der »erfolgreichen« Schule, die ihr Kind besucht, Evolutionstheorie mit Intelligent Design als gleichwertig unterrichtet wird, während andere Eltern genau dies als besonderes Profil der Schule ansehen und ihr Kind gerade deshalb dort hinschicken.

Ein neuer Adel?

Tony Blair und die VertreterInnen von »New Labour« glauben, dass die BürgerInnen viel von der Wirtschaft zu lernen haben und dass dieses Lernen besonders gut in den Schulen funktionieren wird. Vielleicht nach Art der »City Academies«? SponsorInnen, üblicherweise reiche Leute oder große Firmen, haben die Möglichkeit, neue Schulen mit einigen Prozent Anteil an den Gesamtkosten mitzufinanzieren und dafür Einfluss auf die Ausrichtung der Schule zu nehmen, wobei alle möglichen Weltanschauungen in Frage kommen. Es geht das Gerücht, dass nicht nur GeldgeberInnen für die Labourpartei, sondern auch SponsorInnen für die neuen mischfinanzierten Schulen auf Adelstitel hoffen dürfen.

Hängt am Adel, drängt nach Adel letztlich alles? Ach, die Armen.

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«



Wem gehört das Wissen der Welt?

Der Rechtswissenschaftler James Boyle gehört zu den Gründern der Initiative »Creative Commons«, die dem starren »Copyright« flexiblere Nutzungserlaubnisse entgegengesetzt. Weltweit stiftet dieses Projekt Kulturschaffende dazu an, einen freieren Austausch von Texten, Filmen, Bildern und Musik zu entwickeln und eigene Werke mit angepassten Lizenzrechten zu versehen oder ganz frei zu geben.

»Geistige Eigentumsrechte bilden den Schlüssel für die Verteilung von Wohlstand, Macht und Zugangsrechten in der Informationsgesellschaft«, sagt James Boyle. Vandana Shiva spricht von der »Jagd nach dem grünen Gold« und vom »Kolonialismus des 21. Jahrhunderts«. Diese Zitate beleuchten zwei Seiten der selben Medaille. Denn an diesen so genannten geistigen Eigentumsrechten (Intellectual Property Rights, IPR) ist etwas faul. Wenn sie ein Schlüssel sind, dann einer in den Händen Weniger. Sie dienen dazu, sehr viele Menschen vom Zugang zu Saatgut und Medikamenten, zu Musik und Kunst sowie Computer-Innovationen auszuschließen. Sie sind fragwürdige Monopolrechte.

Systematischer Ausschluss

Ganz besonders regelmäßig ausgeschlossen werden dabei die Menschen des globalen Südens. 97 % der weltweit gültigen Patente lauten zu Gunsten von Unternehmen im Norden. Der Begriff »Biokolonialismus« drängt sich tatsächlich auf, da viele der begehrten Wirkstoffe und Gene für patentierbare Heilmittel aus den »Hotspots der Biodiversität« stammen, vor allem aus den tropischen Regenwäldern in den so genannten Entwicklungsländern.

In international beachteten Prozessen streiten immer wieder Pharmariesen gegen staatliche oder private Initiativen, um billiger an Nachahmerprodukte, so genannte Generika, heranzukommen. Besonders für die ärmsten Länder sind lebensnotwendige Medikamente anders nicht zu bekommen, die Originale sind patentiert und unbezahlbar.

Allerdings kann auch »im Norden« von einer fairen Verteilung nicht die Rede sein: Wenige Unternehmen halten viele geistige Eigentumsrechte – die allermeisten Menschen sind in dieser Logik vor allem dafür da, Lizenzgebühren zu



Die indische Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva, kämpft mit MitstreiterInnen aus aller Welt gegen Biopiraterie. Sie demonstrierte u.a. vor dem Europäischen Patentamt in München und bei den Ministerkonferenzen der Welthandelsorganisation gegen Patente auf traditionelle Heil- und Ackerpflanzen.

entrichten. Auf diese Weise verfolgen uns Patente und Urheberrechte bis in die eigenen vier Wände. Am heimischen PC kommen wir kaum um Microsoft herum, den Softwaregiganten, dessen Monopolstellung längst die WettbewerbshüterInnen auf den Plan gerufen hat. Jede neue Windows-Version bringt auch neue Kontrollmechanismen zum Schutz der geistigen Eigentumsrechte von Microsoft. Manche Bildungschance des Internets geht mit dem Trend zu Nutzungsrestriktionen verloren.

Die weltweit übliche Praxis in der Landwirtschaft, einen Teil der Ernte aufzubewahren und im Folgejahr wieder auszusäen, wird gefährlich eingeschränkt: Strenger Sortenschutz in Europa bzw. Patente in den USA zwingen die Bauern dazu, für ihre eigene Ernte in ihrer eigenen Scheune noch einmal zu bezahlen, wenn sie damit wieder anbauen wollen. Die »Nachbauggebühren« in Deutschland haben zu heftigen Protesten und Hunderten von Prozessen geführt. Kleinbauernorganisationen aus verschiedenen Ländern warnen, dass solche Durchgriffe auf die Bauernrechte besonders in den agrarisch geprägten Gesellschaften der ärmsten Länder des Südens Existenzen vernichten.

Erbe der Menschheit oder Gewinngarantie für Einzelne?

Literatur und Saatgut, Software und Medikamente gäbe es nicht ohne kreative Köpfe, ohne Voneinander-Lernen und beständige Weiterentwicklung. So unterschiedlich z. B. ein Getreidekorn und ein Computerprogramm sind, so verbindet sie doch die Grundlage menschliches Wissen. Wissen in diesem weiten Sinne gehört zu den Voraussetzungen unserer Kulturen, Ökonomien und der Welternährung.

AutorInnen und ZüchterInnen, ProgrammiererInnen und PharmaforscherInnen arbeiten nie voraussetzungsfrei: Der Hochleistungspflanze geht Züchtungsarbeit von Generationen von Bäuerinnen und Bauern voran. Der Bestseller-Roman entsteht vor dem Hintergrund einer vielfältigen Literaturgeschichte. Ein Computerprogramm braucht eine von anderen entwickelte Sprache und viele bewährte Befehle sowie die passende Hardware.

In den letzten Jahrzehnten hat intensive Lobbyarbeit der Industrie den Glauben gestärkt, dass jeder Fortschritt eines konsequenten »Schutzes« der neuen Ideen bedürfe. Sie arbeitet unermüdlich daran, die folgenreichen Monopolrechte salonfähig zu machen.

Die steile Karriere der geistigen Eigentumsrechte

Ursprünglich wurden lediglich Texte und Musik (Urheberrecht) sowie technische Erfindungen (Patentrecht) geschützt. Meist waren die Patentlaufzeiten kurz und das »Abgucken« war eine wichtige Grundlage der Entwicklung der meisten heutigen Industrieländer. Unternehmer aus Deutschland »klauten« Spinn- und Webmaschinen aus England, Autobauer aus Japan Modelle aus Europa, Pharmaunternehmen gegenseitig usw.

Der Gründer des großen Pharmakonzernes Ciba-Geigy erklärte nachdrücklich, dass Patente Wegelagerer seien und Entwicklungschancen zerstörten. Seine Nachfolger profitierten von dieser Einstellung, fanden aber ein paar Jahrzehnte später, dass es für sie nun besser sei, anderen die Entwicklungschancen zu nehmen.

Im Vorfeld der Gründung der Welthandelsorganisation WTO war eine Koalition aus Pharma-, Computer- und Agrarkonzernen massiv daran beteiligt, weitreichende und strenge Patentgesetze allen Mitgliedern der WTO vorzuschreiben. Die Industrie streitet dafür, geistige Eigentumsrechte noch weiter zu verbreiten, länger und in weiteren Bereichen gelten zu lassen. Die Regierungen der Industriestaaten unterstützen dieses Ansinnen. Auch der bevorstehende G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm wird wieder Druck auf die ärmsten Länder ausüben und viel Kraft auf die Durchsetzung weitreichender Patentgesetze verwenden.

Die größten Patente-Inhaber mögen die Entwicklung erfreut betrachten. Ökonomisch stieg die Bedeutung der IPR immens. Seit den 70er Jahren gilt ein Unternehmen mit vielen Patenten an der Börse als besonders wertvoll.

Seit langem wächst die Anzahl der Produkte, deren Produktion und Verkauf die Nutzung verschiedenster Patente erfordern. Firmen, die bestimmte Waren herstellen wollen, müssen Lizenzen für die Patente anderer erwerben. Große Firmen, die viele Patente halten, tauschen wechselseitig Lizenzen aus, so dass beide Seiten die gewünschten Produkte herstellen und vertreiben können. Kleinere Firmen oder Neueinsteiger, die nicht zum Kartell der Patente-Inhaber gehören, haben das Nachsehen.

Die Ausweitung der IPR machte auch vor höchst sensiblen Bereichen nicht halt: Seit einigen Jahren entschlüsseln Konzerne und Institute das Genom von Menschen, Pflanzen und Tieren und lassen sich Sequenzen patentieren. In manchen Ländern hat ein regelrechter Wettlauf um »das grüne Gold der Gene« begonnen. Die Ergebnisse großer Bioprospektions-Vorhaben mit Befragung der Einheimischen z.B. der tropischen Regenwälder landen nicht selten ohne Wissen oder Beteiligung der lokalen Bevölkerung beim Patentamt.

Es gibt Alternativen!

Obwohl die vereinte Software-, Unterhaltungs-, Pharma- und Biotechnologie-Industrie es unermüdlich wiederholt, sind geistige Eigentumsrechte nicht alternativlos. Wir sind nicht gezwungen, blind der Logik der großen Konzerne zu folgen. So wie früher in den Dörfern Allmendeland allen zur Nutzung offen stand, wäre eine breite Wissensallmende ein Gegenmodell zur Privatisierung und Patentierung. Es gibt zahlreiche konkrete Alternativen, die ohne geistige Monopolrechte neues Wissen schaffen: Sei es im Bereich der freien Software mit Programmen wie OpenOffice und dem Betriebssystem Linux, sei es bei der Jahrtausende alten Tradition des freien Tausches von Saatgut, bei der Produktion patentfreier HIV-Medikamente oder bei freien Texten. Die Initiative »Creative Commons« ist ein schönes Beispiel für einen offensiven Umgang mit der Herausforderung. Es gilt, den freien Zugang zu Wissen und Bildungschancen für Millionen weiter zu entwickeln und zu verteidigen. Der Widerstand gegen den Monopolrechtswahn gewinnt an Stärke. Erst 2005 stoppte breiter Protest eine europäische Richtlinie über Softwarepatente. Mehrere Patente auf Agrarpflanzen wie auf den »Ölmais« oder auch das menschliche »Brustkrebsgen« wurden erfolgreich angefochten. Es ist jedoch nötig, über Einzelfälle hinaus eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen. Noch lässt sich der Ausverkauf des kulturellen, biologischen und technischen gemeinsamen Erbes der Menschheit stoppen.

von Jutta Sundermann

*Freie Journalistin und Bewegungsarbeiterin
Sie gründete 2000 Attac in Deutschland mit, war und
ist aktiv in diversen Kampagnengruppen, u. a. der
BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie
und der Attac-Lidl-Kampagne.*



Links im Web:

www.biopiraterie.de, www.wissensallmende.de
<http://de.creativecommons.org>
www.aerzte-ohne-grenzen.de/Medikamentenkampagne.php
www.medico.de, www.attac.de/wissensallmende, www.ig-nachbau.de

Literatur:

Bödecker/Moldenhauer/Rubbel (2005):
Attac Basistext Wissensallmende: www.attac.de/wissensallmende/basistext
auch im VSA-Verlag erschienen, Hamburg, 2005.
BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie (2005): Grüne Beute – Biopiraterie
und Widerstand, Trotzdem-Verlag.

Das »katholische Mädchen vom Land« hat aufgeholt –

Foto: imago/Umdorf

die Chancenungleichheit hat sich verlagert!

Vor knapp 50 Jahren, im Oktober 1957, startete die Sowjetunion den ersten Erdsatelliten und löste damit in den USA und in Westeuropa den sog. »Sputnikschock« aus. Der sicher geglaubte technologische und wissenschaftliche Überlegenheitsanspruch des »Westens« war damit in Frage gestellt.

Ursachen des westlichen »Nachhinkens« wurden vor allem im Bildungssystem gesehen. Die Reproduktion der herrschenden Verhältnisse in Schule und Bildung reichte für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht aus. Nicht nur in den USA wurden Programme zur »Ausschöpfung von Bildungs- und Begabungsreserven« aufgelegt.

Kaum politische Fortschritte in den letzten 40 Jahren

In der BRD rief Georg Picht 1964 die »deutsche Bildungskatastrophe« aus und Ralf Dahrendorf forderte 1965 das »Bürgerrecht auf Bildung« ein.

Insbesondere Georg Picht machte bereits damals – entgegen allen politischen Trends – auf die Bedeutung von Bildung aufmerksam: »Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand« und »Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.« Bereits damals thematisierte Picht den bis heute viel zu wenig beachteten Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialpolitik in einem Schlagwort: »Schulpolitik – die Sozialpolitik von heute«.

Schon 1964 wies Picht daraufhin, dass das Denken in den ständischen Kategorien des 18. Jahrhunderts und den darauf basierenden Schulstrukturen die Ungerechtigkeit der »Sozialauslese« durch die Schulen nicht beseitigen kann.

1962 veröffentlichte die Hochschule für internationale pädagogische Forschung in Frankfurt die Studie »Der relative Schulbesuch in den Ländern der BRD von 1952 bis 1960«. Damit ist erstmals ein »Konstruktionsfehler unserer

Sozialordnung« aufgedeckt und empirisch belegt: Die in der Regel definitive Zuweisung 10-jähriger Kinder in Leistungsgruppen, die den künftigen sozialen Status definieren.

Die Studie wies nach: Die Bildungsbenachteiligung betrifft nicht nur einzelne Kinder, sondern ganze Bevölkerungsgruppen:

1961 waren 6,2 % der Studierenden Arbeiterkinder und 34,4 % katholisch.

Die am stärksten benachteiligte Gruppe jedoch war damals die ländliche Bevölkerung.

Das Konstrukt des »katholischen Mädchens vom Land« als Synonym für Chancenungleichheit ist uns noch in Erinnerung.

Das »katholische Mädchen vom Land« hat zwischenzeitlich aufgeholt. Zumindest weisen vorliegende Daten darauf hin: Mehr Mädchen als Jungen haben Erfolg in der Schule. Untersuchungen zur Zugehörigkeit zum evangelischen bzw. katholischen Glauben, liegen nicht vor; genauso wenig Hinweise auf die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Religionen für den Schulerfolg.

Ganz sicher verändert hat sich die Struktur der »ländlichen Bevölkerung« und deren Bildungsbeteiligung. Allerdings spielt die räumliche Entfernung zwischen Wohnung und schulischen Angeboten wohl weiterhin eine Rolle bei der Wahl des schulischen Bildungswegs.

Gleich geblieben – wenn unter Umständen auch nicht in gleicher Ausprägung – ist die strukturelle Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen bei der Verteilung von Bildungschancen.

Der »Konstruktionsfehler« – die strukturelle Ungerechtigkeit des gegliederten Schulwesens, orientiert an der ständischen deutschen Gesellschaft bis zum ersten Weltkrieg – wurde nicht radikal, d. h. an die Wurzeln des Übels gehend, korrigiert.

Das gegliederte Schulsystem ist nach wie vor ein Tabu

Weder die zahllosen Veränderungen am bayerischen Schulsystem v. a. in den letzten zehn Jahren (R 6, G 8, Dreigliederung der Hauptschule in Regel-, M- und Praxisklassen, Auflösung der Teilhauptschulen, »Umorganisation« der Berufsschulen, von FOS und BOS, Betreuungsangebote an Schulen ...) noch der unmittelbar bevorstehende erneute Versuch, die Hauptschule zu retten, lösen das Grundproblem des überkommenen Denkens in drei Säulen. Sie versuchen allenfalls, die drastischen Folgen der frühen Selektion etwas abzumildern. Nach wie vor wird mit einer ver-

meintlichen »Begabungstheorie« argumentiert, die vorgibt, es gäbe drei Begabungstypen, denen jeweils eine der Schularten entspreche. Und nach wie vor wird so getan, als könnten künftige Schulleistungen 10-jähriger Kinder vorhergesagt werden.

An die einzig wirksame, theoretisch gut begründete und in anderen Ländern praktisch zu studierende Lösung – die Abschaffung der frühen Selektion – wagen sich PolitikerInnen – und ich behaupte: wider besseres Wissen – (noch) nicht heran, trotz aller vorliegenden Daten!

Der bayerische Bildungsbericht belegt Chancenungleichheit

Das Wissen um die nach wie vor eklatanten Benachteiligungen auch im bayerischen Bildungswesen steht seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse empirisch fundiert zur Verfügung. Mit der »Bildungsberichterstattung 2006«, dem sog. bayerischen Bildungsbericht, steht uns eine gute Datenquelle aus dem KM selbst zur Verfügung. Seite für Seite sind Belege dafür zu finden, dass das bayerische Schulsystem seinem Anspruch, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu bieten, nicht einmal im Ansatz gerecht wird.

Einige Belege aus dem Bericht¹:

Unterschiedliche Bildungschancen für Jungen und Mädchen!

Jungen sind an **Förderschulen** (bereits im Grundschulalter) überrepräsentiert. An den Sondervolksschulen sind ca. 62 % Jungen und 38 % Mädchen; signifikante Unterschiede zwischen Grund- und Hauptschulstufen sind nicht anzunehmen.

Übertritte an Realschulen und Gymnasien: 58,3 % der Mädchen und 53,5 % der Jungen treten nach der vierten Klasse auf eine sog. »höhere Schule« über.

An eine **Hauptschule** treten 46,5 % der Jungen und 41,7 % der Mädchen nach Klasse vier über.

Späterer Schulartwechsel: Beim späteren Wechsel in längere Schullaufbahnen sind Mädchen überproportional häufig vertreten, Jungen beim Wechsel in kürzere Schullaufbahnen.

Klassenwiederholungen: Jungen sind an allen Schularten und in allen Klassenstufen häufiger betroffen.

Hauptschulen: Jungen sind überrepräsentiert, insbesondere in Praxisklassen mit 72 %.

Schulabschlüsse: 7,1 % der Jungen und 6,3 % der Mädchen (eines Altersjahrgangs) verlassen die Schule ohne Schulabschluss.

Mit dem mittleren Abschluss verlassen 42,9 % der Mädchen und 35,6 % der Jungen die Schule. Mit dem Abitur 21,2 % der Mädchen und 16,4 % der Jungen.

Unterschiedliche Bildungschancen für deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche!

Grundschule:

Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch schneiden bei den Orientierungsarbeiten unterdurchschnittlich ab und haben im Allgemeinen schlechtere Zeugnisnoten (Ausnahme: »russische« Kinder haben fast die gleichen Mathematiknoten wie deutsche).

Besonders schlecht schneiden Kinder mit türkischer Muttersprache ab.

47 % der ausländischen Kinder leben in »urban geprägten Gegenden«, also in Städten², aber nur 16 % der deutschen GrundschülerInnen.

Übertritte nach Klasse 4:

SchülerInnen	deutsche	ausländische
Hauptschule	44,1 %	74,4 %
Realschule	22,1 %	9,7 %
Gymnasium	36,8 %	15,9 %

Übertritte nach Klasse 6:

Wirtschaftsschule	2 %	1,5 %
-------------------	-----	-------

Klassenwiederholungen:

Grundschule	0,5 %	3,1 %
Hauptschule	1,8 %	3,8 %
Realschule	3,4 %	6,3 %
Gymnasium	2,9 %	5,1 %

Schulabschlüsse:

Kein Abschluss	4,4 %	16,5 %
L-Schul-Abschluss	3,1 %	6,4 %
HS-Abschluss	12,4 %	24,0 %
»Quali«	19,6 %	23,7 %
Mittlerer Abschluss	40,5 %	22,9 %
Abitur	20,0 %	6,6 %

Deutsche Jugendliche haben demnach eine dreimal höhere Chance, Abitur zu machen, als ausländische³. Fast viermal so viele ausländische Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss wie deutsche Jugendliche.

Bildungschancen sind abhängig von Familienstruktur und sozialem Hintergrund!

Zugrunde liegende Indikatoren: Haushaltsnettoeinkommen (1), Schulabschluss (2a) und Berufstätigkeit der Eltern (2b), »Paar-Eltern« bzw. allein Erziehende (3).

zu (1): Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und den schulischen Leistungen der Kinder in der Grundschule: Je höher das Netto-

² mehr als 12 000 EinwohnerInnen pro km²

³ Türkische Jugendliche stellen die größte Gruppe der ausländischen GymnasiastInnen, österreichische die zweitgrößte.

¹ Die Zahlen beziehen sich meist auf das Schuljahr 2004/2005.

einkommen, desto mehr Punkte bei den Orientierungsarbeiten und desto bessere Zeugnissenoten.

zu (2a): Gleicher Zusammenhang: Je höher der höchste Schulabschluss im Haushalt, desto mehr Punkte und bessere Noten. Die Durchschnittsnoten aus Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachunterricht sind, wenn mindestens ein Elternteil Abitur hat, um eine ganze Note besser als bei Kindern von Eltern ohne Schulabschluss (2,4 vs. 3,4)

zu (2b): Kinder von Vätern, die in akademischen oder technischen Berufen Arbeiten, haben die besten Ergebnisse. Die schlechtesten haben Kinder, deren Eltern angelernte Arbeiter oder Hilfsarbeiter sind.

zu (3): Die schulischen Leistungen von Kindern allein Erziehender fallen unterdurchschnittlich aus (2,9 vs. 2,6). Deutliche Unterschiede gibt es bei den sog. »guten Noten«: 48 % der Kinder, die mit beiden Eltern zusammen leben, sind »Eins- oder Zweier-Schüler/innen«, bei den Kindern allein Erziehender 32 % (obwohl allein Erziehende überdurchschnittlich häufig »höhere« Bildungsabschlüsse haben). Kinder aus »Paarfamilien« erhalten häufiger »gute Zeugnisse«, Kinder allein Erziehender erhalten häufiger »mittlere Zeugnisse«. »Schlechte Zeugnisse« kommen in beiden Gruppen gleichermaßen selten vor.

Die regionale Herkunft bestimmt Bildungschancen mit!

Dabei liegen allerdings keine Daten darüber vor, inwieweit die soziale Struktur einer Region und/oder das regionale Angebot an Schulen Ursachen für die Unterschiede sind.

Übertritte nach der Grundschule:

an Hauptschule:	Stadt Amberg:	62,5 %
	LK München:	33,0 %
an Realschule:	LK Donau-Ries:	32,0 %
	Stadt Hof:	8,7 %
an Gymnasium:	Stadt Erlangen:	51,3 %
	LK Rottal-Inn:	21,0 %

Übertritte aus Klasse 10 der Wirtschafts- und Realschule an Gymnasium oder Fachoberschule:

Stadt Kaufbeuren:	31,1 %
Stadt Memmingen:	0,0 %

Klassenwiederholungen:

an Grundschulen:	LK Starnberg:	0,1 %
	Stadt Fürth:	2,7 %
an Hauptschulen:	LK Miesbach:	0,9 %
	Stadt Kempten:	6,5 %
an Realschulen:	Stadt Schweinfurt:	1,7 %
	Stadt Nürnberg:	10,2 %
an Gymnasien:	LK Passau:	3,1 %
	LK Augsburg:	7,8 %

Bayernweit gilt: Je größer die Bevölkerungsdichte einer Region, desto höher die Zahl der Nichtversetzungen!

SchulabgängerInnen (der HS)

ohne Hauptschulabschluss:

LK Tirschenreuth:	3 %
Stadt Kempten:	23 %

SchulabgängerInnen ohne HS-Abschluss sind hauptsächlich ein Problem städtischer Schullandschaften!

»Quali« bei HauptschulabgängerInnen:

Stadt Weiden:	26 %
LK Coburg:	58 %

Der Bildungsbericht widerlegt eindeutig die These, der »Quali« sei ein Abschluss, der dem besonderen Profil der Hauptschule entspreche und bei dem sich SchülerInnen anderer Schularten schwer täten: »Während Jugendliche aus dem Gymnasium und aus M-Klassen der Hauptschulen mit mehr als 90 % den qualifizierenden Hauptschulabschluss erfolgreich absolvieren, sind die regulären HauptschülerInnen im aktuellen Schuljahr (2004/05) zu 66 % erfolgreich, SchülerInnen von der Realschule mit 68 %.«

Fazit:

Das Konstrukt des »katholischen Mädchens vom Land« ist kein Schlagwort mehr für Benachteiligung im Bildungswesen. Es ist zu ersetzen durch ein neues Konstrukt, nämlich den »Sohn eines allein erziehenden türkischen Elternteils in städtischem Umfeld und mit geringem Familieneinkommen«.



Foto: imago/Steffen Schellhorn

Bessere Chancen in Einer Schule für Alle?

Die Frage ist eindeutig mit »Ja« zu beantworten!

In *Einer Schule für Alle* lernen alle Kinder gemeinsam bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Die *Eine Schule für Alle* kann nicht anders, als wirklich alle Kinder zu fördern. Niemand kann abgeschoben werden, niemand bleibt zurück.

Die Erfahrungen, wieder einmal nicht zu den AufsteigerInnen zu gehören, bleibt in ihr dem türkischen Jungen erspart. Unabhängig von Bildung und Beruf seiner Mutter oder seines Vaters, dem Familieneinkommen und der »unvollständigen« Familienstruktur bleibt er nach der vierten Klasse in seiner Lerngruppe. Auch die Gefahr, auf eine »Sonderschule abgeschoben zu werden«, besteht nicht mehr.

Bei *Einer Schule für Alle* gibt es keine regionalen Unterschiede im Angebot an Schulen. Zumindest nicht für die Dauer der Pflichtschulzeit. *Eine Schule für Alle* ist im Wohngebiet erreichbar.

Eine Schule für Alle korrigiert – um wieder auf Georg Picht zurückzukommen – den »Konstruktionsfehler unserer Sozialordnung« und räumt endlich mit den Relikten des überkommenen ständischen Denkens in der deutschen Gesellschaft auf.

Dennoch – darauf sei immer wieder hingewiesen – löst *Eine Schule für Alle* nicht alle Probleme des deutschen Bildungswesens. Aber ohne *Eine Schule für Alle* sind die Probleme nicht zu lösen. Sie ist die Voraussetzung für erfolgreiche Schul- und Unterrichtsentwicklung, die sich die Forderung und Förderung aller Kinder und Jugendlichen zum

Ziel setzt, die alle Kinder willkommen heißt und die niemanden zurück lassen will.

Die Forderung nach *Einer Schule für Alle* darf auch nicht die Notwendigkeit besserer struktureller Voraussetzungen für frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten außer Acht lassen.

Wie die Daten über regional unterschiedliche Bildungschancen in Abhängigkeit von Familieneinkommen und Arbeitslosigkeit in der Region belegen, ist zur Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen auch eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik erforderlich.

von Gele Neubäcker

Stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern



Die ganz »alltägliche Gewalt« im dreigliedrigen Schulsystem

Auch hier könnte die Gemeinschaftsschule weiterhelfen. Nachtrag zu Emsdetten.

Zu Recht hat auch der GEW-Vorsitzende Thöne darauf hingewiesen, dass ein Verbot von Gewaltvideos und Computerspielen als Reaktion auf das Geschehen in Emsdetten zu kurz greift.

Was ist erneut sichtbar geworden durch die Wahnsinnstat eines ehemaligen Schülers an seiner Schule?

Ein Jugendlicher hat sich an Erwachsenen und Gleichaltrigen rächen wollen für etwas, was er als Demütigung, Abqualifizierung und Verletzung empfunden hat. Dieser junge Mensch hat selbst davon gesprochen, dass seine Lebensumstände als Ganzes ihn dazu getrieben haben. Tatsächliche Alltagserfahrungen, mit denen er nicht mehr zurende kam, haben ihn zu der Tat veranlasst. Nicht Videoszenarien, die sich in seinem Kopf verselbständigt hatten, waren die Gründe. Wer das behauptet – und das ist die Mehrheit der Politiker – will doch bloß von den wahren Umständen ablenken.

Welche Erfahrungen führten aus der Normalität zum Wahnsinn?

Über vieles kann man nur spekulieren. Man konnte lesen, dass sein Vater als Zusteller bei der Post arbeitet. Hatte der Junge von seinem Vater gehört, wie es heutzutage in der ganz »normalen« Arbeitswelt zugeht?

Müssen Briefträger auch in Emsdetten (kostenlose) Hilfe von Freunden in Anspruch nehmen, um ihr Arbeitspensum noch zu bewältigen? Stehen gleichzeitig, auch in Emsdetten, arbeitswillige junge Leute auf der Straße? Und – falls sie von der Post einen Arbeitsvertrag bekommen – dann nur auf Monate begrenzt, um dann wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden?

Hat er von solch alltäglichen Formen der Gewalt am Arbeitsplatz gewusst? Hat er gehaut, was es für einen gescheiterten Schüler, wie er einer war, bedeuten könnte? Man kann es nur vermuten.

Oder seine Erfahrungen als Schüler. Unlustig und unwillig beim Lernen hatte er sich im Auslesesystem der Schule nicht behaupten können und war gescheitert. Die Dokumente seines Versagens, die Noten und Zeugnisse, lasteten auf ihm. Ein aufgeklärter Schüler wie er wird nicht nur einmal zu hören bekommen haben, dass missglückte Schulkarrieren gleichbedeutend sind mit absoluter Chancenlosigkeit bei der Ausbildungsplatzsuche und auf dem Arbeitsmarkt.

Könnte seine Erfahrung mit der strukturellen Gewalt unseres Bildungssystems, das ja darauf angelegt ist, die Jugend in Verlierer und Gewinner zu sortieren, Teil seiner Verzweiflung gewesen sein?

Man kann nur spekulieren.

Berichtet wird auch, dass ihn Klassenkameraden und andere Gleichaltrige zudem noch ausgegrenzt und abgelehnt haben. Mob-

bing, wir stellen es mit Schaudern fest, macht auch vor den Schultüren nicht halt.

Mobbing, hilflose Gewalt hilfloser Kreaturen, die sich so die schärfere werdende Konkurrenz (um Arbeitsplatz oder Noten) vom Hals schaffen wollen, war eine weitere Gewalterfahrung für Sebastian.

Wer ist Täter – wer ist Opfer?

Schier endlos sind die Formen der Gewalt, mit denen Sebastian B., und mit ihm alle Jugendliche heutzutage, konfrontiert werden. Gewalt, wie sie zum Alltagsgeschäft des Bildungswesens, der Arbeitswelt, der Politik gehören. Man muss sich fast eher darüber wundern, dass nicht schon mehr daran verzweifelt sind.

Verantwortlich hierfür sind wir Erwachsenen – nicht die Jugend. Sie ist allenfalls Opfer. Wir müssen ihr zu Hilfe kommen. Vor allem wir, die wir im Erziehungs- und Bildungswesen tätig sind.

Wie viel wäre allein dadurch gewonnen, wenn wir zu SchülerInnen und Eltern offen und ehrlich über unser Bildungswesen reden würden: Über ein Bildungswesen, das von den in der Wirtschaft vorherrschenden Verkehrsformen des Wettbewerbs und der Verdrängung bestimmt ist.

Die Dreigliedrigkeit des Schulsystems ist nichts anderes als die Entsprechung dieser kapitalistischen Konkurrenz. Sie fordert vom Bildungswesen die inhumane Aussortierung und Stigmatisierung der Kinder und Jugendlichen.

Allein darüber aufzuklären könnte ein ganz wichtiger Beitrag sein, um Schuldruck und Versagensangst bei SchülerInnen und Eltern zu mindern.

Darüber hinaus würde auch erkennbar, in welcher Schulform die Perspektive zu suchen ist.

Deshalb müssen wir Aktiven in der GEW spätestens jetzt bei Diskussionen über die Gemeinschaftsschule unsere Gewerkschafts- und Tagungsräume verlassen. Es ist hohe Zeit, sich offensiv an die Betroffenen zu wenden. Welche Formen auch immer man sich ausdenken mag, um Schüler und Eltern anzusprechen – Filme, Ausstellungen, Gesprächsrunden –, wir werden auf offene Ohren treffen. Ich weiß aus Erfahrung, wie begierig Hauptschüler sind, von anderen Unterrichts- und Schulformen zu hören.

Wenn wir so die Initiative ergreifen, dann war die Verzweiflungstat dieses Jugendlichen doch für etwas gut. Auch so könnte dazu beigetragen werden, die Gewalt in unserer Gesellschaft zu verringern. Und darum geht es doch.

von Angelika Rapke
Heretsried

Aktuelle Infos rund um den Arbeitsplatz

Arbeitszeiten Heilpädagogischer FörderlehrerInnen, WerkmeisterInnen und sonstigen Personals für heilpädagogische Unterrichtshilfe an Förderschulen und Schulen für Kranke

Hinweis zum Auffinden relevanter Rechtsvorschriften

Mittlerweile sind die meisten Gesetze und Rechtsverordnungen im Internet zu finden. Am einfachsten und meistens führt »googeln« zum Erfolg. Bayerische Rechtsvorschriften findet man unter der Internet-Adresse www.servicestelle.bayern.de und dort unter »Datenbank BAYERN-RECHT«. Dort ist auch ein Link zum Verzeichnis der fortgeltenden Verwaltungsvorschriften, zu denen auch die Bekanntmachungen des Kultusministeriums zählen, zu finden. Mit Hilfe der Suchfunktion des Acrobat-Readers und des zum Amtsblatt des Kultusministeriums gehörenden »Fortführungsnachweises zur bereinigten Sammlung der Verwaltungsvorschriften des Kultusministeriums« können mit der Gliederungsnummer auch Bekanntmachungen gefunden werden, die auf den Seiten des Kultusministeriums nicht oder nur schwer zu finden sind. Das Amtsblatt nebst Fortführungsnachweis müssen an jeder Schule vorhanden und den Kolleginnen und Kollegen jederzeit zugänglich sein.

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Öffnet man mit dem Acrobat-Reader das Verzeichnis der fortgeltenden Verwaltungsvorschriften und gibt dort als Suchbegriff »Mitarbeitergespräch« ein, so gibt es zwei Fundstellen. Die erste ist die Bekanntmachung mit dem Titel »Einführung des Mitarbeitergesprächs an den staatlichen Schulen« vom 4.10.1999 mit der Gliederungsnummer 2030.2.5-UK in der ersten Spalte. Nimmt man nun den o. g. Fortführungsnachweis, der u. a. eine systematische Übersicht, geordnet nach Gliederungsnummern, enthält, kann man dort entnehmen, dass die Bekanntmachung im Amtsblatt, Jahrgang 1999, Seite 348 veröffentlicht ist.

Die Homepage des Kultusministeriums enthält eine eigene Suchfunktion. Darüber hinaus kann in den einzelnen dort angeführten Rubriken, wie z. B. unter »Schule« und dort dem Menüpunkt »Recht«, nach relevanten Rechtsvorschriften gesucht werden.

Ansonsten kann ich den Kolleginnen und Kollegen im eigenen Interesse nur empfehlen, sich zumindest das Inhaltsverzeichnis des jeweils neu erschienenen Amtsblattes anzuschauen.

Hans Schuster

Arbeitszeit im gewissen Rahmen einseitig ändern kann, wozu bisher das Einverständnis des Arbeitnehmers erforderlich war. Außerdem fällt auf, dass oftmals die Besitzstandsregelungen, wie sie in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst (TVÜ-Bund, TVÜ-VKA, TVÜ-L) vorgesehen sind, allenfalls in geringem Umfang geleistet werden sollen. Beispielsweise ist ein Strukturausgleich im öffentlichen Dienst, der wegen der veränderten Vergütungsstruktur den im Vergleich zum BAT geringeren Gehaltsanstieg in späteren Jahren ausgleichen soll, nicht vorgesehen.

Insgesamt ist zu beobachten, dass dadurch die Kluft zwischen den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an öffentlichen und an privaten Schulen vergrößert wird.

Bei einer Änderung der bisherigen Vergütungsvorschriften nach BAT, z. B. durch Vereinbarung derjenigen nach TVöD/TVL oder anderen Regelungen, besteht ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats, das nicht durch die einzelvertragliche Änderungsregelung umgangen werden kann.

Allerdings darf nicht übersehen werden, dass letztendlich nur ein gemeinsames Handeln die Chance bietet, diese Verschlechterungen abzuwehren.

Hans Schuster. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung: Tel. 089/54 40 81-14, Fax 089/5 38 94 87

Hier hatte das Kultusministerium zunächst mit Schreiben vom 6.4.2006 festgelegt, dass nach Inkrafttreten des TV-L die Unterrichtspflichtzeit auf 29,5 Unterrichtsstunden pro Woche festgelegt wird (siehe dazu auch den Beitrag in der DDS Dezember 2006). Mit Schreiben vom 14.12.2006 an die Regierungen und Förderschulen hat das Ministerium die Unterrichtspflichtzeit um eine halbe Stunde verkürzt und auf 29 Unterrichtsstunden festgesetzt.

Die Grundlage dafür ist die Auffassung des Finanzministeriums, wonach die Betreuung der schwer behinderten Menschen/Kinder in diesen Einrichtungen für die Pflegekräfte und für die heilpädagogischen Unterrichtshilfen mit einer nicht unerheblichen physischen und psychischen Belastung verbunden ist.

Hans Schuster

Vom BAT zum TVöD/TVL:

Vorsicht beim Abschluss neuer Arbeitsverträge

In Arbeitsverhältnissen mit privaten Arbeitgebern, die nicht Mitglied der Arbeitgeberverbände sind, die die neuen Tarifverträge im öffentlichen Dienst (TVöD/TVL) abgeschlossen haben, gilt weiterhin der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) in dem Umfang, wie er im Arbeitsvertrag vereinbart ist. Nun ist bekannt geworden, dass viele Arbeitgeber, insbesondere im Privatschulbereich, ihren Beschäftigten neue Arbeitsverträge vorlegen mit dem Hinweis, dass dies wegen des »Wegfalls des BAT« rechtlich erforderlich wäre. Dies trifft jedoch in diesen Fällen nicht zu. Hier gilt der BAT weiter, solange der bisherige Arbeitsvertrag unverändert fortbesteht.

In den neuen Verträgen ist oftmals eine erheblich geringere Bindung an den TVöD/TVL enthalten, als dies im alten Vertrag zum BAT der Fall war. So ist beispielsweise bei vielen Privatschulen im Bereich der Vergütung vorgesehen, dass Vergütungserhöhungen des TVöD/TVL nur unter dem Vorbehalt weitergegeben werden, dass der Vorstand dies beschließt. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass der Arbeitgeber den Umfang der Ar-

Information für freiberuflich tätige SozialpädagogInnen, die in der Konkurrenz mit gemeinnützigen Trägern arbeiten

Es gibt Veränderungen in der Frage der Belastung der freiberuflichen SozialpädagogInnen. Das Bundesfinanzministerium hat erlassen, dass ambulante Maßnahmen der Eingliederungshilfe gemäß §§ 53, 54 SGB XII bundesweit von der Umsatzsteuer befreit sind oder werden. Die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main hat das bereits am 18.10.2005 entschieden (2005 - S 7172 A - 45 - St I 230, - die Steuerbefreiungsvorschrift des § 4 Nr. 16 wird angewendet). Das Bundesfinanzministerium hat es mit den Länderfinanzbehörden abgesprochen und die Befreiung gilt bundesweit.

Außerdem gibt es vom Europäischen Gerichtshof die Vorgabe, dass die Gemeinnützigkeitsklauseln des deutschen Rechts verändert werden müssen. Damit muß es eine Veränderung geben. Es könnte sich daher lohnen, einen Widerspruch beim Finanzamt gegen die Umsatzsteuer einzulegen. Im Einzelfall sollte das mit einem Steuerberater abgesprochen werden.

Es sind mehrere Verfahren anhängig, aber noch nicht letztinstanzlich entschieden. Im Internet gibt es dazu z. B. auf der Seite des DBSH einige interessante Informationen.

Heidi Breucker-Bittner



Glückwünsche für verdiente Mitglieder vom neuen Vorstand (v.l.n.r.): Rudolf Brandenstein, Bernd Schuller (beide 30 Jahre), Jürgen Hochmuth (35), Sigrid Schwab (Vorstand), Martin Bolkart (30 Jahre) und Walter Feineis (Vorstand).

bewiesen hat, dass es weder integrativ noch besonders leistungsfähig ist. Das dreigliedrige Schulsystem ist das System des mittelalterlichen Ständestaates und eines demokratischen Landes unwürdig«, so Feineis. Daneben trete die GEW auch weiterhin für eine konsequente Personalvertretungspolitik in allen Bildungsbereichen ein, auch wenn das Bayerische Personalvertretungsgesetz viele Kompromisse nötig mache. Als Erfolg sieht der neue Vorstand die Werbung neuer Mitglieder an, deren Mitgliedschaft durch Paten kostenlos sei.

GEW in Würzburg unter neuer Führung: Verjüngt und mit verteilter Verantwortung

Die GEW Würzburg wird jetzt von einem Trio an der Spitze geführt. Walter Feineis (Schweinfurt), Sigrid Schwab und Walter Bausenwein (beide Unterpleichfeld) übernehmen den GEW-Vorsitz von Rudolf Brandenstein (Ochsenfurt), der weiterhin als Geschäftsführer tätig sein wird. »Ich werde den neuen Vorsitzenden in diesem Amt den Rücken freihalten«, versprach der scheidende Vorsitzende. Die GEW Würzburg hätte in den letzten beiden Jahren erfolgreich gearbeitet und die Mitgliederzahlen um 4,5 % steigern können. »Stolz sein können wir vor allem auf unsere Mitgliederbetreuung, die Erfolge bei den Personalratswahlen und unsere Fortbildungsreihe ›Bildung anders‹, die jetzt schon im 16. Jahr läuft.« Warme Worte des Dankes an den scheidenden Vorstand fand die Vorsitzende des unterfränkischen GEW-Bezirksverbandes, Monika Hartl.

Vorstandsmitglied Walter Feineis kündigte an, Eine Schule für Alle als Zukunftsmodell der nachwachsenden Generation zu sichern: »Da müssen wir die Konservativen stärker angreifen, da das dreigliedrige Schulsystem

IMMA:

Fortbildungsprogramm 2007 ist da!

Die Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit München hat ihr neues Fortbildungsprogramm herausgebracht. IMMA bietet für Fachkräfte eine bunte Palette hilfreicher Maßnahmen zu folgenden Themenbereichen an:

- Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in den unterschiedlichen Feldern der Jugendhilfe, Jugendarbeit und Schule
- Genderpädagogik – geschlechtsbewusste und geschlechterreflektierte Pädagogik
- Gewalt und sexuelle Gewalt
- Pädagogische Crossworkarbeit – Männer arbeiten mit Mädchen, Frauen mit Jungen
- Interkulturelle Mädchenarbeit und Trainings zur interkulturellen Kompetenz
- Qualitätsentwicklung und -sicherung unter Berücksichtigung fachlicher Standards und der Querschnittsaufgaben

Das Fortbildungsprogramm gibt es unter: www.imma.de/kontakt_info/fortbildung und bei: IMMA e.V. • Jahnstr. 38 • 80469 München Tel.: 0 89-23 88 91-20 • Fax: 0 89-23 88 91-15 kontakt.informationsstelle@imma.de

Jugendliche gestalten

ihre Zukunft in der Gemeinde mit

An der LMU München findet vom 23.-24.3.2007 eine internationale Tagung statt, auf der Projekte und Konzepte zur Partizipation von Jugendlichen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien und Brasilien präsentiert werden. Hauptreferenten sind: Prof. Dr. Roland Roth, Magdeburg, Prof. Dr. Lothar Böhnisch, Dresden, DI Jutta Kleedorfer, Wien und Prof. Dr. Danilo Streck, Sao Leopoldo, Brasilien.

Kontakt:

Ökologische Akademie e.V.

Baiemrainer Weg 17 • 83627 Dietramszell/Linden oekologische-akademie@gmx.de

Dies und Das

In der Schauburg München zu Gast: Junges Schauspielhaus Hamburg mit der Erstaufführung von »Mutter Afrika«

Für die Regie bei diesem Stück erhielt Klaus Schumacher im Oktober 2006 den Rolf-Mares-Preis der Hamburger Theater und Ende November den Deutschen Theaterpreis FAUST.

Das Stück erzählt in großartigen theatralischen Bildern und mit viel Musik die Lebensgeschichte von zwei westafrikanischen Geschwistern im 19. Jahrhundert. Ihr in Not geratener Vater versucht, seine Arbeitskraft an die holländischen Kolonialherren zu verkaufen. Er wird als zu alt eingeschätzt, aber an seinen Kindern sind die Sklavenhändler interessiert. Die beiden werden nach Surinam verkauft, wo für sie ein langer Leidensweg beginnt. Gepeinigt von Herrenmenschen durchleben sie eine unvorstellbare Hölle. Schließlich werden sie getrennt. Doch zwischen vielen Erniedrigungen taucht immer wieder Hoffnung auf, erleben sie auch Mitmenschlichkeit und eine Liebesgeschichte.

Das Stück ist für Jugendliche ab 12 Jahren und Erwachsene.

Termine und weitere Infos über das Programm: www.schauburg.net • theater@schauburg.net Tel.: 0 89-23 33 71 71 • Fax: 0 89-23 33 71 60

Tag der PhysiklehrerInnen an der LMU am 28. Februar 2007

Ausgerichtet vom Lehrstuhl für Didaktik der Physik findet die Veranstaltung in Eingangshalle und Hörsaal E7 in der Schellingstr. 4 statt. Sie beginnt um 14.00 Uhr mit dem Vortrag von Prof. Dr. Raimund

Girwidz (PH Ludwigsburg) »Physik lernen mit moderner Alltagstechnik. Sensoren im Physikunterricht.« und wird nach der Besichtigung von Unterrichtsmaterialien um 16.45 Uhr mit dem Vortrag von Prof. Dr. Otmar Biebel (LMU München) »Mit dem Urknall im Teilchenphysiklabor zu Erkenntnissen über Materie, Raum und Zeit« fortgesetzt.

Im Vorfeld gibt es einen Fotowettbewerb für SchülerInnen zwischen 10 und 18 Jahren. Näheres dazu unter:

www.physik.uni-muenchen.de/didaktik

Der Besuch der Veranstaltung wird vom Kultusministerium als LehrerInnenfortbildung anerkannt: Erlass Nr. VI.7-5P4160.5-6.119178

fast forward KINDER FILMenFESTIVAL 16.-19. Mai 2007 Pasinger Fabrik

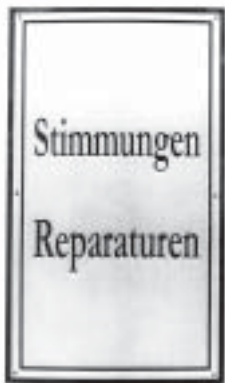
Viele fast forward-Filme sind nicht »länger als fünf Minuten, aber oft unterhaltsamer als das TV-Programm eines ganzen Tages«, schrieb die SZ. Beim KINDER FILMen FESTIVAL könne man die »ganz jungen Wilden in Augenschein nehmen«. Das Besondere bei fast forward: Alle Filme stammen aus Kinderhand oder wurden von Kindern und Jugendlichen vor und hinter der Kamera mitproduziert. Mit der Altersbeschränkung bis 15 Jahre will das KINDER FILMen FESTIVAL Filmgruppen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen und vor allem den Teenies selbst zum Filmemachen ermutigen und deren Produktionen ein eigenes Forum bieten. Filme zum Sonderthema 2007 »schnelllangsam – Zeit-Geschichten« können bis zum Einsendeschluss am 16.3.2007 eingereicht werden. Infos bei:

Kinder- und Jugendkulturwerkstatt Pasinger Fabrik • August-Exter-Str. 1 • 81245 München Tel.: 0 89-8 20 59 78 • Fax: 0 89-8 20 59 78 info@fastforwardfestival.de www.fastforwardfestival.de

Antwort auf den Artikel von Werner Fuß (Fachverband Ethik) über die Website www.schulfach-ethik.de in DDS 11-2006:

In seinem Artikel über die Ethik-Website www.schulfach-ethik.de bezeichnete Werner Fuß vom Fachverband Ethik die Abhandlung über Friedensethik als »tendenzios«. Er empfahl die eigene Website als Alternative. Eine Begründung dieser Kritik erfolgte nicht. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass der kritisierte Beitrag sehr genau die Vorgaben des neuen bayerischen Ethiklehrplans berücksichtigt. Platons »Politica« wird ebenso behandelt wie Ciceros »bellum iustum-Theorie«, Thomas von Aquin oder Kants Arbeit »Zum ewigen Frieden«. Allerdings wollte der Verfasser einen Mangel im Lehrplan und in den Schulbüchern beheben: Die Vernachlässigung des 20. Jahrhunderts. Wie kann man über Friedensethik schreiben, ohne die Haltung Karl Liebknechts und Bertrand Russells zum 1. Weltkrieg zu berücksichtigen? Wie kann man das Wirken der Pazifistin Bertha von Suttner übergehen, die die Deutsche Friedensgesellschaft gründete, die bis heute in ihrem Sinne weiterwirkt? Tucholsky und von Ossietzky vertraten ihre pazifistischen Positionen unter Inkaufnahme großer persönlicher Gefahren. Die Nürnberger Prozesse sowie das Vietnam-Tribunal von Russell, de Beauvoir und Sartre sollten unbedingt gelehrt werden wegen der Betonung persönlicher Verantwortung bei Kriegsverbrechen. Auch wäre eine Beschäftigung mit Friedensethik unvollständig, würde man nicht über Friedenskonzepte angesichts wachsender kultureller Gegensätze in der Gegenwart nachdenken. Denn immerhin soll der Ethikunterricht ja zu »werteinsichtigem Urteilen und Handeln« erziehen.

Es mag ja sein, dass der Leser sich nicht immer mit jedem Beitrag identifizieren kann. Aber www.schulfach-ethik.de ist ein offenes Portal, das Arbeiten von Lehrern, Studenten, Schülern, Buchautoren und Wissenschaftlern zum Thema Ethik veröffentlicht. An den derzeit über 200 Artikeln arbeiteten mehr als 150 verschiedene Autoren. Es wird daher eine große Vielfalt geboten. Auch der Fachverband Ethik, dessen Wirken ich ausdrücklich begrüße, ist herzlich eingeladen, sich hier einzubringen.



Dietmar Michalke

Redaktion »Arbeitskreis Ethikunterricht in Bayern«



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im Februar 2007 erhält den LesePeter das Jugendbuch

Karlijn Stoffels: Marokko am See

Aus dem Niederländischen von Mirjam Pressler
Weinheim: Beltz & Gelberg 2006 • 156 S. • geb. • 12,90 Euro

Der Marokkaner Issa ist kein Kind mehr, als er zum ersten Mal richtig Kontakt zu Weißen hat. Er lebt aber in Amsterdam, in einer Hochhausiedlung, die Marokko am See genannt wird. Issa muss sich entscheiden, ob er weiter – wie sein Vater – nach alter Sitte leben will, oder – wie sein Bruder – einen Platz in der neuen Welt suchen soll.

Im März 2007 erhält den LesePeter das Sachbuch

Anna Mieszkowska: Die Mutter der Holocaust-Kinder

Irena Sendler und die geretteten Kinder aus dem Warschauer Ghetto
Aus dem Polnischen von U. Usakowska-Wolff und M. Wolff
München: Deutsche Verlagsanstalt 2006 • 320 S. • geb. • 22,90 Euro

Erst spät wird die außergewöhnliche Geschichte von Irena Sendler bekannt, die über 2500 Kinder aus dem Warschauer Ghetto vor dem sicheren Tod gerettet hat, und erst spät wird sie für ihre Tat geehrt, die ihr fast selbst den Tod gebracht hätte. Ihre Geschichte und das Geschehen um den Holocaust werden in diesem aufwühlenden Buch veröffentlicht.

Gute Bildung für alle!?

Haben Mädchen und Jungen gleiche Chancen in Schule und Beruf? Wird im Osten anders gelernt als im Westen? Sind gemachte Erfahrungen morgen noch nutzbar? Kann der demographische Wandel in der Gesellschaft auch eine Chance sein? Diese und ähnliche Fragen stellen sich derzeit viele Pädagoginnen und Pädagogen und deshalb werden sie thematisiert auf dem

14. Bundeskongress Frauen und Schule »Bildung neu bilden – Balancen finden« vom 19. bis 21. April 2007

im Oberstufenzentrum »Johanna Just« in Potsdam.

Wir haben uns viel vorgenommen: Neben zahlreichen **Vorträgen und Workshops** zu Themen wie **frühkindliche Bildung, Chancengleichheit, geschlechtergerechtes Lernen und Gewaltprävention** sollen **Hospitationen in verschiedenen pädagogischen Einrichtungen** Potsdams Anregungen zu Diskussionen geben. Natürlich wird auch ausgiebig Gelegenheit sein, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen mit dem Ziel, Perspektiven für die Zukunft von Bildung und Erziehung aufzuzeigen.

Als Schirmfrauen für unseren Kongress konnten wir die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frau Professorin Dr. Gesine Schwan, und die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann gewinnen.

Das ausführliche Programm ist im Internet unter www.frauen-und-schule.de nachzulesen. Ein Anmeldeformular (online oder auf dem Postwege nutzbar) und einige Kontaktadressen und Angebote für Übernachtungsmöglichkeiten sind ebenfalls dort zu finden.

Wir freuen uns auf zahlreiche interessierte Pädagoginnen und Pädagogen aus vielen Bundesländern, die diese Möglichkeit der Fortbildung nutzen wollen, und sagen:

Auf nach Potsdam!

Landesfrauenausschüsse der GEW Berlin und Brandenburg und Verein frauen+schule Berlin/Brandenburg e. V.

»kritisch – kraftvoll – kreativ 2007«:

14. Bundestagung lesbischer Lehrerinnen in Göttingen

Unter dem Motto »kritisch – kraftvoll – kreativ 2007« findet die 14. Bundestagung lesbischer Lehrerinnen vom 17. bis 20. Mai 2007 im Göttinger Waldschlösschen statt. Rund 70 Teilnehmerinnen aus allen Schularten werden an vier Tagen Themen zur Homosexualität an Schulen diskutieren sowie pädagogische und politische Umsetzungen erarbeiten.

Unser Ziel ist es, der Diskriminierung lesbischer Lehrerinnen entgegenzutreten sowie dem Coming-out von Lehrerinnen und Schülerinnen an der Schule Hilfestellung zu geben. Gleichzeitig wollen wir kollegialen Austausch fördern und eigene Stärken weiterentwickeln.

Unterstützt wird die Tagung vom Bundesministerium für Familie und Frauen und der GEW.

Diskussionen, Arbeitsgruppen und Vorträge bieten Raum zum Erfahrungsaustausch. Neben Themen wie Lesben in Film und Literatur stehen auch Kreatives Schreiben bei Karen Susan Fessel und Bildhauerei, sowie Informationen und Diskussionen über Lebenspartnerschaften und die Umsetzung des BGG auf dem Programm. Freizeitangebote wie beispielsweise Massage, Lesung, Singen, Trommeln u. v. m. dienen der Burnout-Prävention und der Bildung informeller Netzwerke. Die deutliche Zunahme von Anmeldungen zeigt, wie hoch der Bedarf an einer solchen Plattform ist.

Anmelden können sich vom 15. Februar bis 17. April 2007 alle Lehrerinnen und Referendarinnen. Die Teilnahmegebühr von 240 Euro beinhaltet neben dem Besuch aller Veranstaltungen auch die Unterkunft und Tagungsverpflegung. Das komplette Programm der 14. Bundestagung lesbischer Lehrerinnen steht ab 8.2.07 unter www.bulele.de zum Download bereit.

Über die Bundestagung lesbischer Lehrerinnen:

Die Bundestagung lesbischer Lehrerinnen entstand 1994 aus einer Arbeitsgruppe der GEW. Neben regelmäßigen Treffen der Regionalgruppen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin findet einmal jährlich eine Bundestagung statt. Ziel der Tagung ist es, der Diskriminierung lesbischer Lehrerinnen entgegenzutreten, Raum für politische Diskussionen zu bieten sowie den Austausch zu fördern.
Weitere Informationen: www.bulele.de

Interessante Veranstaltungen ab Februar 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

03.03.07	Schulsozialarbeit – Bayern in der Bildungsreform vorn!* Bestandsaufnahme, Perspektiven und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in Bayern. Eine Veranstaltung des Forums Bildungspolitik in Bayern (mit GEW), OBIS e.V. und HBS.	Fachtagung	München 9.00 – 18.00 Uhr Nymphenburger Schulen
07.03.07	FrauenStärken. Es spricht Anne Jenter, Mitglied des Hauptvorstandes der GEW, verantwortlich für den Bereich Frauenpolitik.	Diskussionsabend	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
10.03.07	Teamarbeit im Kollegium.* Die Junge GEW lädt ein, Methoden und Techniken zur Teamarbeit zu erlernen und auszuprobieren.	Seminar	Augsburg
17.03.07	Bildung anders 16 – »Das andere Lernen«. Das Schulkonzept der Helene-Lange-Schule, Wiesbaden. Mit Uwe Brecher, Wiesbaden, und 6 Workshops. Info/Anmeldung: gew@brandenstein.de und www.gew-unterfranken.de > schule anders	Fortbildungstag der Seminarreihe »Bildung anders«	Ochsenfurt Hauptschule 9.30 – 16.00 Uhr
23.-24.03.07	Die Lehren von Guernica. Zur Zerstörung der baskischen Stadt.*/** Veranst: GEW Nürnberg in Kooperation mit IG Metall, ver.di + VVN Anmeldung: GEW Nürnberg: 09 11-22 48 66 gew-nuernberg@t-online.de	Seminar	Neumarkt/Opf. Hotel Schönblick
31.03.-14.04.07	Mit der GEW nach Kerala, Südindien */** Infos und Anmeldung: TeamTours Studien- und Erlebnisreisen, Tel. 0 89-81 00 91 01 oder 0171-936 58 16, teamtours-reisen@web.de	Studienreise	Kerala/Indien
17.04.07	So sehen Sieger aus – Beobachtungen an finnischen Schulen und Kindergärten. Mit Oskar Brückner, Vorsitzender GEW Bayern	Vortrag und Diskussion	Nürnberg DGB-Haus/K.I.B.S. 15.00 Uhr
18.04.07	Ganztagsschule in Bayern – Zukunftsmodell oder Alibi? Blick über den bayerischen Tellerrand mit Karin Pranghofer, MdL, Bayern, und Horst Rauen, Schulleiter einer Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz	Informationsabend	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
19.-21.04.07	Bildung neu bilden – Balancen finden. 14. Bundeskongress Frauen und Schule. */** Veranstalter: Frauen+Schule, GEW Berlin und Brandenburg www.frauen-und-schule.de (s. auch S. 29)	Kongress	Potsdam
20.-21.04.07	Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen. *	Neumitgliederseminar	Ingolstadt

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben:
GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Philosophie, social skills, Bildungspolitik und vieles mehr ...

Das Programm des »GEW-Mai-Meetings 2007« bietet eine spannende Mischung aus Workshops, abendlichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten. Es findet vom 17. bis 20. Mai (Himmelfahrtswochenende) in der Akademie Berlin-Schmöckwitz statt.

Diese von der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der GEW organisierte Veranstaltung der Bundesebene ist offen für alle Mitglieder sowie deren Partner, Partnerinnen und Kinder.

Es werden Workshops zu folgenden Themen angeboten:

- »Der Freiheit eine Form geben – Aspekte einer Philosophie der Lebenskunst«
- Mit Konflikten umgehen lernen
- Meine berufliche Situation reflektieren: Analyse und Veränderungsperspektiven
- Praxis Schulentwicklung
- Heterogenität nutzen – individuell fördern
- Interkulturelle Pädagogik in der Praxis

Die Entscheidung, welche Workshops beim Mai-Meeting tatsächlich stattfinden, richtet sich nach Nachfrage und Interesse der Teilnehmenden.

Anmeldungen sind ab sofort möglich (die Abgabe eines Erst- und Zweitwunsches für die Workshops ist dabei Bedingung für die Annahme).

Kontakt:

Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21 • 60489 Frankfurt/Main
Tel. 0 69/7 89 73-209 • Fax: 069/78973-102 • E-Mail: nicole.lund@gew.de.

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 122 Euro; Nichtmitglieder/PartnerInnen zahlen 184 Euro bzw. 132 Euro, wenn sie aus den östlichen Bundesländern kommen; Kinder (die von uns betreut werden!) je nach Unterbringung. Alle anderen Kosten (auch Fahrtkosten) übernimmt die GEW-Bundesebene.

Fortbildungsangebot für Lehrerinnen aller Schularten

STOPP – es reicht! Aktives Grenzen setzen im Schulalltag Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen

Die Situationen im beruflichen Alltag kommen unverhofft und überraschend. Schüler, die sich respektlos mit Drohgebärden vor der Lehrerin aufbauen, sich unverschämt äußern, oder Väter, deren Frauenverachtung auch vor der Lehrerin nicht Halt macht ...

»Da stehst du doch drüber!«, sind häufig die Kommentare zu Belästigungen und Übergriffen, die (noch) nicht im Krankenhaus enden.

Auch Grenzsetzungen bei Überbelastungen durch Vorgesetzte werden immer häufiger nötig. Da es in vielen Fällen jedoch vor allem um das Austreten von Machtstrukturen geht, empfehlen die neuesten Untersuchungen zur Gewaltprävention: frühzeitiges Wahrnehmen, Handeln und Grenzen Setzen.

Mit Methoden aus der Selbstbehauptung/Selbstverteidigung, wie z. B. dem Einsatz von Stimme oder der Körperhaltung können verbale und körperliche Grenzüberschreitungen besser eingeschätzt, durchlebt oder sogar abgebaut und verhindert werden. Es werden allgemeine Handlungsmöglichkeiten zu verschiedenen Übergriffsformen aus dem Schulalltag vorgestellt und eingeübt. Aktuelle Situationen können eingebracht und analysiert werden.

Ziel ist ein selbstbewusstes, situationsangemessenes und professionelles Agieren und Reagieren bei Grenzüberschreitungen.

Leiterin: Judith Barnickel, Nürnberg, Lehrerin/Selbstverteidigungstrainerin
Ort: München, KOFRA (Komm. Zentrum f. Frauen z. Arbeits- u. Lebenssituation)
Termin: Freitag, 11. Mai 2007 • Zeit: 14.00 – 17.30 Uhr
Kosten: 20 Euro

Fortbildungsbescheinigung wird ausgestellt.

Anmeldung: Kofra München • Baaderstr. 30
Tel: 0 89/2 01 04 50 • Fax: 0 89/ 2 02 27 47 • mail: kofra-muenchen@t-online.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Februar Geburtstag feiern, ganz besonders

Alban Frischeisen, Pullach, zum **91**.

Wolfgang Graf, München, zum **81**.

Prof. Dr. Kurt Singer, Grünwald, zum **78**.

Hermann Brandes, Erding, zum **77**.

Gertrud Gräbner, Kirchberg,

Prof. Dr. Susanne Grimm, München,

Ursula Mück, Weitramsdorf, und

Lilo Seibel-Emmerling, Nürnberg, zum **75**.

Prof. Hanne Ketting, München, zum **74**.

Arnhold Bühner, Neukirchen,

Max Brandl, Grafenwiesen,

Rainer Döbrich, München,

Engelbert Hemberger, Wolfratshausen,

Dmitri Milinski, München, und

Konrad Porzner, Ansbach, zum **72**.

Heinz Josef Schulte, München, zum **71**.

Günter Euskirchen, Hersbruck,

Josef Kornherr, St. Wolfgang,

Helmut Liebler, Wachenroth, und

Norbert Will, Eresing, zum **70**.

sowie zum **65**.

Barbara Brandt, München,

Gerda Röckl, Marktoberdorf,

Robert Bolz, München,

Heinrich Müller, Hof, und

Dr. Götz Schindler, Aßling.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Februar gilt unser Dank

für **35 Jahre Mitgliedschaft** ganz besonders

Dr. Elisabeth Altmann, Hohenstadt,

Ute Bühner, München,

Anne Fleischmann, Marktrodach,

Helga Krampitz, Fürstenfeldbruck,

Johanna Scherl-Nömeier, Waldkraiburg,

Karin Schmidt, Nördlingen,

Eva Sengle, Füssen,

Maria Winiger, Kaltental,

Ursula Zauneder, Nürnberg,

Dr. Alois Arnoldi, München,

Udo Benker-Wienands, Regnitzlosau,

Helmut Oskar Brückner, Bayreuth,

Hans-Peter Elkeles, München,

Franz Feldmeier, Untergriesbach,

Norbert Fischer, Fürth,

Hartmut Fleischmann, Marktrodach,

Hermann Gödel, Münchberg,

Rolf Hahne, Münchberg,

Günther Schedel-Gschwendtner, Nürnberg,

Rolf Willacker, Feuchtwangen, und

Klaus Zielke, Coburg.

Und noch einmal ist eine Entschuldigung fällig!

Heidemarie Bremer, München,

Hiltrud Grimminger, München,

Irmgard Hemberger, Wolfratshausen,

Barbara Horneber, Bad Windsheim,

Bärbel Marsen, Wörthsee,

Ilse Merkle, München,

Blanka Schulte, Bamberg,

Herbert Aumer, Obertraubling,

Wolfgang Baborowsky, Tettau,

Klaus Eckert, Herzogenaurach,

Engelbert Hemberger, Wolfratshausen,

Eduard Hieke, Königsdorf,

Franz Josef Holthaus, München,

Eduard Jäger, Türkheim,

Hans Jürgen Kintrup, Nördlingen,

Michael Popp, Nürnberg,

Walter Richter, Hofheim-Rügheim,

Jürgen Ritter, Nürnberg,

Herbert Schmied, Starnberg,

Wolfgang Stock, Lauf,

Helmut Thomas, Sulzbach-Rosenberg, und

Ernst-Ludwig Vogel, Fürth

sind im Januar 1971 in die GEW eingetreten und damit **seit mittlerweile 36 Jahren** treue Mitglieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte verzeiht, dass in der Dezember-Ausgabe 2005 Euer 35-jähriges Jubiläum in der GEW nicht gewürdigt wurde.

Wie auch im August, liegt die Ursache bei jenem kleinen Zeichen, das bei einer Systemumstellung vergessen wurde. Das Problem hat aber scheinbar nur jene Ausgaben betroffen, die vor bzw. nach einem erscheinungsfreien Monat lagen. Wir hoffen jetzt inständig, dass dieser Fehler nun endgültig behoben ist.

Dass wir den Fehler auffindig machen konnten, verdanken wir auch diesmal wieder einem Kollegen, der unseren Appell aus dem letzten Heft gefolgt ist und bei uns reklamiert hat. Wir ermutigen Euch deshalb nochmals, uns auf solche Fehler aufmerksam zu machen. Denn nur dann können wir sie auch korrigieren!

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tieck«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, nächster Termin: 22.11.06
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16
und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de

Wie geht's im Job?

GEW startet Kita-Studie

Im Arbeitsfeld Kindertagesstätten hat sich eine Menge getan. Wie sehen ErzieherInnen ihre Arbeit, was belastet sie, was sind ihre Interessen und beruflichen Schwerpunkte?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) führt Anfang des Jahres 2007 eine Befragung zur Arbeitssituation und Berufszufriedenheit von ErzieherInnen in Kindertagesstätten durch. In der Studie geht es um die Rahmenbedingungen der Arbeit, die Umsetzung pädagogischer Konzepte wie z. B. der Bildungspläne und die Arbeitsbelastungen. Dabei spielen nicht nur äußere Faktoren eine Rolle, sondern auch, welche Schwerpunkte ErzieherInnen sich selbst setzen und woher sie ihre Kraft und Energie schöpfen. Von Interesse ist auch, was ErzieherInnen von der Gewerkschaft erwarten.

Der Fragebogen wurde im Januar bundesweit an 2.000 GEW-Mitglieder und an ebenso viele Kindertagesstätten verschickt. Außerdem kann er im Internet ausgefüllt werden unter: www.gew.de
Je mehr ErzieherInnen sich an der Umfrage beteiligen, desto größer die Aussagekraft der Studie. Wenn sich etwas ändern soll, müssen viele daran mitarbeiten. Wir rufen deshalb alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich an der Befragung zu beteiligen.

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de